Israels Krieg und die Friedensbewegung — Seite 2/10

1 H 3752 C

Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 30 vom 30. Juli 1982 | 16. Jahrgang | 1 DM

Das Krisenjahr 82 wird zum

Rekordjahr für die Banken!

Die Dresdner Bank veröffentlichte Anfang dieser Woche die Zahlen über ihre Geschäfte im ersten Halbjahr 1982. Während die Arbeitslosenzahlen steigen, der Sozialhaushalt immer mehr beschnitten wird, der Reallohn sinkt, während also die Arbeiter und Angestellten unter den Auswirkungen der Krise zu leiden haben, sieht es auf der anderen Seite, in den Kassen der Banken, geradezu herrlich aus. Die Dresdner Bank hat das beste Geschäftsjahr überhaupt registriert, mit einem ausgewiesenen Überschuß von 392 Millionen Mark in sechs Monaten!

Dabei wird deutlich, daß diese enorme Summe — in den ersten sechs Monaten 1981 hatte der ausgewiesene Gewinn „lediglich" 212 Millionen Mark betragen — nicht von der Ausweitung des Geschäftsvolumens herrührt, sondern vorwiegend aus dem Anziehen der Zinsschraube. Der Zinsüberschuß hat sich im Vergleich zum selben Zeitraum im Vorjahr um fast 15 Prozent auf 898,7 Milliarden Mark erhöht.

Wenn zur selben Zeit damit gerechnet wird, daß 1982 ungefähr 13000 Pleiten zu verzeichnen sein werden und daß die zu große Verschuldung eine der Hauptursachen für diese Pleiten ist (wie es das Unternehmerinstitut der Deutschen Wirtschaft betonte) so heißt dies, daß diese Großbank auf ihrer Profitjagd alleine Zehntausende von Arbeitsplätzen vernichtet hat. Dabei muß man ja berücksichtigen, daß andere Großbanken ihre entsprechenden Zahlen noch nicht vorgelegt haben, daß die Entwicklung auch dort in die selbe Richtung gegangen ist: die Zinsen werden hochgetrieben und unter allen Umständen einkassiert. Der Entrüstungsschrei dieser Banker, als während der Verhandlungen um AEG jemand zu sagen wagte, die Banken sollten vielleicht ein bißchen Zinsnachlaß gewähren, war nicht umsonst so laut: das ist ihr bestes, profitträchtigstes Geschäft.

Das wird nochmals unterstrichen, wenn man hinzufügt, daß eine — kleine — Tochter der Deutschen Bank mit einem fest umrissenen Geschäftsbereich wie die Deutsche Centralbodenkredit AG im selben ersten Halbjahr 82 alleine einen Zinsüberschuß von 64,7 Millionen Mark verbuchte.

Im letzten Jahr hatten die deutschen Banken sage und schreibe 1,9 Milliarden Mark im Ausland angelegt, das war ihr bisheriges Rekordjahr an Auslandsinvestitionen gewesen, höher noch als im bisher besten Bankengeschäftsjahr, das Krisenjahr 1975. Die ungeheuer großen erzielten Gewinne, von denen ein Teil ins Ausland überwiesen wird, sind bisher stets in den Krisenperioden der westdeutschen kapitalistischen Wirtschaft auf jeweils neue Rekordhöhen angewachsen.

Die Banken und das hinter ihnen stehende Finanzkapital sind die größten Krisengewinnler. Sie zur Kasse zu bitten, das wäre auch ein entscheidender Schritt zur Sanierung der Staatsfinanzen, eine der wichtigsten Alternativen zur Bonner Politik des sozialen Kahlschlags!



Keine WAA in Wangershausen!

Auf breiten Widerstand stößt die Absicht der hessischen Landesregierung, in Frankenberg-Wangershausen eine Wiederaufbereitungsanlage für Atommüll errichten zu lassen. Bürgerinitiativen aus Hessen und Nordrhein-Westfalen mobilisierten zu einer Protestdemonstration in Frankental, an der am vergangenen Wochenende etwa 12000 Menschen teilnahmen.

Die „nationale Lösung"

Schlußverkauf bei AEG?

Grundig übernimmt Telefunken

Am Wochenende wurde es bekannt: Max Grundig höchstpersönlich hat mit AEG-Chef Dürr seine Beteiligung am Telefunken-Bereich der AEG, also in der Unterhaltungselektronik, ausgehandelt. Dies wird jetzt in der Wirtschaftspresse als die beste, eben die „nationale" Lösung, das heißt ohne Beteiligung ausländischer Multis gefeiert. Zum Feiern allerdings gibt es für die Belegschaften keinerlei Grund, sondern zur höchsten Wachsamkeit.

Denn: Am Argument der nationalen Lösung stimmt auch gar nichts. Nicht nur im allgemeinen, in dem Sinne, daß die deutschen Kapitalisten ja schließlich auch nicht besser sind als die ausländischen. Sondern auch konkret: man erinnere sich an die Entlassungswelle, die Grundig im letzten Jahr in zahlreichen bayerischen Werken der Grundig AG durchführte. Nebenbei bemerkt ist es ja auch um Grundig selbst so national nicht bestellt: der niederländische Multi Philips stieg mit einer Beteiligung von 24,5 Prozent bei ihm ein, als der Paradekapitalist der Bundesrepublik (der stets angeführte Beweis dafür, daß man es „bei uns" zu was bringen kann) in Gefahr war, aufgeben zu müssen.

Mit Philips/Grundig aber steigt einer der beiden Multis bei AEG ein, der zusammen mit dem französischen Thomson Brandt in den letzten Jahren für die Vernichtung der meisten Arbeitsplätze in der europäischen Industrie für Unterhaltungselektronik verantwortlich waren, die das, was AEG in der Bundesrepublik durchexerzierte im europäischen Maßstab betrieben: die kapitalistische Sanierung auf Kosten der Arbeitsplätze.

Der Jubel der Unternehmerpresse hat denn auch einen anderen Grund: das ist der Weg der von den Kapitalisten geforderten privatwirtschaftlichen Lösung, was nicht heißt, daß sie keine Gelder aus der Staatskasse haben wollen, die wollen sie, möglichst viel sogar, aber was heißen soll, daß keinerlei Auflagen oder Bedingungen zum Erhalt von Arbeitsplätzen bei der Ausschlachtung von AEG hingenommen werden sollen.

Teuerungsrate offiziell bei 5,5 Prozent

Schönfärber am Werk

Noch selten war es so leicht, die amtlich festgestellte Teuerungsrate von 5,5 Prozent im Juli, die das Statistische Landesamt in Nordrhein-Westfalen diese Woche veröffentlichte, als Schönfärberei zu erkennen. Denn die aufgeführten besonders verteuerten Produkte gegenüber dem Juli des vergangenen Jahres sind allesamt die Güter des täglichen Bedarfs.

Über die allgemeine Teuerungsrate in NRW hinaus stiegen die Preise für: Elektrizität, Gas und Brennstoffe um 9,1 Prozent, Nahrungs- und Genußmittel um 7,1 Prozent. Darunter wiederum: Frischobst um 22,6 Prozent, Frischfleisch um 9,2 Prozent und Kaffee um 8,9 Prozent. Am meisten verteuerten sich, was zu erwarten war, die Postgebühren um sage und schreibe 30,4 Prozent.

Wenn man dann noch berücksichtigt, daß zu den übermäßig gestiegenen Kosten auch solche Dinge wie die Mieten gehören, dann hat man ein abgerundetes Bild davon, wie die Produkte und Bedürfnisse des Alltags weit über der offiziell angegebenen Teuerungsrate angestiegen sind.

Welche Preise dann so wenig anstiegen oder gar sanken, daß sich insgesamt eine Preissteigerung von lediglich 5,5 Prozent ergibt, das mag den Überlegungen derjenigen überlassen sein, die den „Muster-Warenkorb" gerade zum Zweck der Schönfärberei ausgesucht haben. Tatsache bleibt, daß die Entwicklung der Grundbedarfspreise keinerlei Reaktionen auf die realen Lohnsenkungen zeigen, wie es zuvor stets in der Kapitalistenpropaganda geheißen hatte.

Streit um Röhren und Stahl hält an

BONN. — Das Erdgas-Röhren-Geschäft zwischen europäischen Staaten und der UdSSR sorgt weiter für internationale Spannungen zwischen diesen Ländern und den USA, aber auch zwischen diesen Ländern und innerhalb dieser Staaten selber. Die Reagan-Regierung hält ihre absolut ablehnende Haltung aufrecht, die sie kürzlich durch die Erweiterung des Lieferembargos durch das Lieferverbot auch an in Europa gelegene US-Firmen bekräftigte. Zusätzliche Nahrung bekommen die Streitigkeiten durch die Meinungsverschiedenheiten über den Stahlexport, den die USA ebenfalls mit einem Embargo belegt haben.

Als „überhaupt nicht mehr hinnehmbar bezeichnete Wirtschaftsminister Lambsdorff diesen Schritt. Die französische Regierung urteilte ebenso und bekräftigte ihre Bereitschaft, für die Einhaltung der Verträge zu sorgen. Belgien dagegen hat inzwischen die fällige Paraphierung des Vertrages über die Erdgaslieferung ausgesetzt.

Der Grund für die ungewohnten Reibereien besonders zwischen Bonn und Washington sind die Profitinteressen der mit dem Geschäft befaßten westdeutschen Firmen. Sie haben zuviel investiert, um jetzt die ganze Sache abblasen zu wollen. Selbst Klagen auf Schadensersatz sind im Gespräch, werden aber z.B. von Lambsdorff abgelehnt. Man versucht deutscherseits alles, um die Spannungen nicht zu groß werden zu lassen. Auf keinen Fall dürfe es zum Bruch mit den USA kommen. Dagegen sprechen übergeordnete Interessen.

Dabei haben die USA eindeutig demonstriert, daß für sie nur das eigene Interesse, das auf Erringung der Vorherrschaft in der Welt unter Ausschaltung der UdSSR abzielt, gilt. Die europäischen Staaten sind Figuren in ihrem Spiel. Die Bonner Regierung tut trotz der gegenwärtigen teilweisen Differenzen nichts, diesen Zustand zu ändern, der für unser Volk große Gefahren heraufbeschwört.

Im Stahlstreit ließ Lambsdorff erkennen, daß er eventuell Beschränkungen für die westdeutsche Stahlindustrie zustimmen würde.



Um ihre Interessen geht es am allerwenigsten: westdeutsche Stahlarbeiter

Kommentar der Woche

15 Jahre. Eine lange Zeit? Eine kurze Zeit? Es kommt darauf an. Jedenfalls, als wir damals, im Juli 1967, ein paar Genossen, zusammensaßen und überlegten, da ahnten wir nicht, welche Schwierigkeiten noch auf uns zukommen sollten. Wir wußten nur eines. So ging es nicht weiter. Unsere Partei, die KPD, völlig entartet: Antimonopolistische Ordnung, Stabilität im Kapitalismus, Mitbestimmung, Mehrparteiensystem im Sozialismus, friedlicher Übergang, Betteln bei der Bourgeoisie um Wiederzulassung, usw. usf., die beste SPD, die es je gab.

15 Jahre ROTER MORGEN

Wie war es zu diesem Verrat an den Prinzipien des Marxismus-Leninismus, zum Niedergang unserer einstmals so ruhmreichen Partei, der KPD, gekommen? Nun, der Fisch beginnt bekanntlich vom Kopf an zu stinken. Wie schrieben wir damals in der ersten Ausgabe des „Roten Morgens" über den Zustand unserer Partei:

„Demokratischer Zentralismus? Haben wir nicht. Es wird halt von oben, vom ZK der KPdSU über die SED bis hinunter zur KPD befohlen, und der ‚dumme Prolet' hat gefälligst zu gehorchen, denn er kennt die höheren Zusammenhänge nicht... Sozialdemokratismus und Kapitulantentum, Karrieremacherei, Korruption und Vetternwirtschaft. Kleinbürgerliches Denken... Sektierertum und Dogmatismus hindern uns, uns auf breiter Basis mit den Massen zu verbinden..."

Immer ist die Entartung der Partei selbst der Anfang vom Ende, sowohl im Kapitalismus, als auch im Sozialismus. Immer folgt auf die Entartung der Partei im Sozialismus die Entmachtung der Arbeiterklasse, die Zerschlagung der Diktatur des Proletariats, das Entstehen einer neuen Bourgeoisie. Nur eben ist dies kein Gesetz der Natur. Man kann etwas dagegen tun, und wir waren bereit dazu. Was wir brauchten, war eine neue, das heißt unsere alte Partei, die von Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Ernst Thälmann.

Nur, es waren kein Karl, keine Rosa und auch kein Teddy (so nannten die Arbeiter ihren Ernst Thälmann) in Sicht. Was blieb uns anderes übrig, als es selbst zu versuchen, mit all unseren Schwächen, mit all unserer Unerfahrenheit. Wer von uns hatte schon mal eine Partei aufgebaut, noch dazu eine bolschewistische. Was wir wußten, war: Man braucht eine Zeitung, eine Zeitung als kollektiver Agitator, Propagandist und Organisator. Das war der Beginn.

Sicher, die Herausgabe einer marxistisch-leninistischen Zeitschrift, wie die eineinhalb Jahre später erfolgte Gründung der KPD/ML war, wie man so sagt, ein revolutionärer Akt. Wir durchbrachen damit in der Praxis das seit dem Jahre 1956 existierende KPD-Verbot und nahmen den Kampf auf gegen den Verrat der modernen Revisionisten. In all den kommenden Jahren war der „Rote Morgen" ein Spiegelbild des Kampfes und des Lebens unserer Partei, ihrer Stärke, wie ihrer Schwächen.

Natürlich machten wir Fehler. Doch wir lernten. Im wesentlichen ging es um Fragen wie: sollte sich die Partei im Proletariat verankern oder der kleinbürgerlich-revolutionären Bewegung nachlaufen; sollte sie sich auf die kommunistische Agitation und Propaganda beschränken oder darüber hinaus — entsprechend ihren Kräften — in die kleinen und großen Klassenzusammenstöße eingreifen; sollte sie marxistisch-leninistische Sprüche klopfen oder den Marxismus-Leninismus anwenden auf die tägliche Praxis in unserem Land bezüglich des Herankommens an die Revolution; sollte sie sich auf ausländische Autoritäten verlassen oder ihren eigenen Kopf gebrauchen?

Keiner der Genossen, die damals und auch später mit uns antraten, ist heute der gleiche. Wir alle haben gelernt. Mancher ist müde geworden, abgeschlafft. Neue Kämpfer sind hinzugekommen. Sicher, leicht ist er nicht, unser Kampf. Wie sagte Lenin: „Viel schwerer — und viel wertvoller — ist, daß man es versteht, ein Revolutionär zu sein, wenn die Bedingungen für einen direkten, offenen, wirklich von den Massen getragenen, wirklich revolutionären Kampf noch nicht vorhanden sind..."

Da braucht man schon Stehvermögen oder wie Bert Brecht schrieb:

„Die Schwachen kämpfen nicht. Die Stärkeren
Kämpfen vielleicht eine Stunde lang.
Die noch stärker sind, kämpfen viele Jahre. Aber
Die Stärksten kämpfen ihr Leben lang. Diese
Sind unentbehrlich."

Unentbehrlich? Schon. Doch was wären sie ohne die Schwächeren? Nichts! — Auf die nächsten 15 Jahre ROTER MORGEN!

Ernst Aust

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Offener Brief der KPD an die Friedensbewegung

Israels Krieg und die Friedensbewegung

Liebe Freundinnen und Freunde,

zwei Monate lang führt Israel mittlerweile seinen Aggressionskrieg gegen den Libanon, einen Krieg, dessen erklärtes Ziel die „Ausrottung der PLO" und die „Neuordnung" des Libanon sind. Nicht nur die Sprache der israelischen Aggressoren erinnert an Hitler, der bekanntlich die „Ausrottung des bolschewistischen Untermenschen" und die „Neuordnung Europas" zum Kriegsziel Hitler-Deutschlands erklärte. An die faschistische Kriegsführung Hitlers erinnern auch die zerbombten Spitäler und die blutigen Massaker in den Wohnvierteln im Libanon. Von der Hungerblockade West-Beiruts ganz zu schweigen.

Wir meinen, es ist an der Zeit zu fragen, ob die Friedensbewegung in der Bundesrepublik, die sich wenige Tage nach dem Überfall Israels auf den Libanon zu ihrer bisher größten Demonstration in Bonn versammelte, das Nötige getan hat, um die sofortige Beendigung des israelischen Völkermords im Libanon zu erreichen. Sicher, es gab eine ganze Reihe Demonstrationen und Protestaktionen. Aber: Kann man ernsthaft davon sprechen, daß hier die Friedensbewegung, wie wir sie von der Oktoberdemonstration im letzten Jahr, von den Ostermärschen und der Juni-Demonstration in diesem Jahr kennen, demonstrierte und protestierte? Wohl kaum. Warum nicht? Weil bestimmte, maßgebliche, Kräfte in der Friedensbewegung offenbar genau das nicht wollen. Wie sonst soll man es verstehen, wenn

• der Bundesvorstand des DFG/VK vor kurzem ein Rundschreiben in die Organisation gab, in dem davor gewarnt wird, man dürfe sich nicht vom Kampf gegen die Atomraketen ablenken lassen;

• wenn im Aufruf für die Friedensdemonstration anläßlich des Katholikentages am 4.9., den unter anderem auch die Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste mitträgt, zwar viel von Frieden und Abrüstung die Rede ist, der israelische Völkermord im Libanon aber mit keinem Wort erwähnt wird;

• wenn General Bastian in einem Interview mit dem „Arbeiterkampf" vom 12.7.82 ausdrücklich bekräftigt, daß die Friedensbewegung sich auf den Kampf gegen „neue nukleare Mittelstreckenraketen bei uns und unseren Nachbarn" konzentrieren müsse. Bastian: „Ich sehe in dieser Konzentration keine Schwäche, sondern eine Stärke der Bewegung, denn auch der längste Weg beginnt nun mal mit dem ersten Schritt."

Diese Äußerungen von einigen der sogenannten „Großen" der Friedensbewegung (die Reihe ließe sich leider noch erheblich verlängern) zeigt, daß diese Kräfte die Friedensbewegung ganz bewußt auf den Kampf gegen den sogenannten Nachrüstungsbeschluß, gegen die Atomraketen beschränken wollen. Einwänden wird in der Regel mit dem Argument begegnet, daß alle politischen Zielsetzungen und Aktivitäten, die den Rahmen des Kampfes gegen den Nachrüstungsbeschluß sprengen, die Einheit der Friedensbewegung gefährden würden.



Solidaritätsdemonstration mit dem palästinensischen Volk in Westberlin. Obwohl die Teilnehmerzahlen wachsen, ist es leicht zu sehen, daß die breite Masse der Friedensaktivisten bisher nicht mobilisiert wurde.

Wir brauchen die Einheit im Kampf gegen die Kriegstreiber!

Um das vorweg klarzustellen: Wir sind für den Kampf gegen die sogenannte Nachrüstung. Wir sind für die Einheit der Friedensbewegung. Aber nicht um den Preis, daß die Friedensbewegung aus lauter Angst, sie könnte bei den Regierungen in Bonn, Washington, Moskau, London, Buenos Aires oder Tel Aviv anecken, auf jeden politischen Kampf gegen die Kriegstreiber auf dieser Welt verzichtet und sich allein auf den Kampf gegen Waffen beschränkt. Denn immer, wenn im letzten Jahr besonders laut die Einheit der Friedensbewegung beschworen wurde, ging es doch darum, bestimmte Regierungen und deren Kriegskurs aus der Schußlinie der Friedensbewegung herauszunehmen:

• Als im letzten November der sowjetische Staats- und Parteichef Breschnew nach Bonn kam, sollte angeblich im Interesse der Einheit der Friedensbewegung darauf verzichtet werden, gegen den Aufrüstungs- und Aggressionskurs der sowjetischen Großmacht zu demonstrieren.

• Als im Juni dieses Jahres auf Einladung von Bundeskanzler Schmidt der US-Präsident Reagan und mit ihm der gesamte NATO-Gipfel nach Bonn kamen, sollte angeblich im Interesse der Einheit der Friedensbewegung darauf verzichtet werden, den US-Präsidenten Ronald Reagan beim Namen zu nennen, gegen den Kriegskurs der amerikanischen Regierung und die Unterstützung Bonns für diese Politik zu demonstrieren.

• Und jetzt soll der Einheit der Friedensbewegung auch noch der Kampf gegen den israelischen Völkermord im Libanon geopfert werden? Genauso wie ihr der Kampf gegen den Krieg um die Malvinen schon geopfert worden ist? Mit welchem Recht bezeichnen sich diejenigen, die das wollen, noch als Friedenskämpfer? Mit welchem Recht will sich die Friedensbewegung, wenn sie sich von ihrem Einheitsgerede erpressen läßt, noch als **Friedens**bewegung verstehen?

Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln

Der Krieg um die Malvinen und der Krieg Israels gegen den Libanon, gegen die Palästinenser zeigen, daß auch im Zeitalter der Atomwaffe der Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen, militärischen, Mitteln ist. Nicht die Anhäufung der Waffen ruft ihn hervor, sondern die Machtpolitik bestimmter Staaten. Die Produktion immer neuer Waffensysteme wird nicht von der technologischen Entwicklung diktiert, sondern die technologische Entwicklung wird benutzt, um Waffen zu entwickeln, die den Krieg gewinnbar machen. Nicht umsonst hat die NATO-Führung nach dem Malvinen-Krieg eingehend über die Stärken und Schwächen des eingesetzten Kriegsmaterials diskutiert. **Deshalb nützt der Kampf gegen die Atomwaffen allein wenig, wenn er nicht verbunden ist, mit dem Kampf gegen die Kriegstreiber in den Regierungen und vor allem natürlich in der „eigenen" Regierung.** (England in der Zeit des Malvinen-Krieges, die plötzliche Dezimierung von über 200 000 Atomraketengegnern auf ca. 10 000 Malvinen-Kriegsgegner, sind das beste, bzw. traurigste Beispiel dafür.)

Hat der 3. Weltkrieg schon begonnen?

Der dritte Weltkrieg kommt nicht über Nacht, wenn eine bestimmte Stufe der atomaren Aufrüstung erreicht ist. Er kündigt sich heute schon an. **Ist es nicht offensichtlich, wie sich gegenwärtig — angesichts der weltweiten Wirtschaftskrise — der Kampf der Imperialisten, der Kampf zwischen den beiden Blöcken, um die Rohstoffquellen, Absatzmärkte und Einflußsphären, um die Herrschaft über die Welt verschärft?** Hat nicht der Malvinen-Krieg gezeigt, wie schnell auch eine europäische Regierung dabei mit dem Einsatz militärischer Mittel zur Hand ist? Und hat nicht die Reaktion der anderen westeuropäischen Regierungen und der US-Regierung gezeigt, daß sie die Fortsetzung der Politik Englands im Falle der Malvinen-Inseln mit militärischen Mitteln für ausgesprochen legitim halten? Und was ist mit dem Krieg Israels gegen den Libanon? Geht es hier wirklich nur um die Großmachtpolitik Israels?

Vor drei Jahren sagte Bundeskanzler Schmidt in einem Interview mit dem Nachrichtenmagazin „Time", daß der „Wettlauf um Öl und Erdgas" zum Krieg, zur „Konfrontation der großen Staaten" führen könne. Damals erklärte die US-Regierung den Persischen Golf zu ihrer Interessenzone und begann mit dem Aufbau einer militärischen Eingreiftruppe.

Heute wird in der Öffentlichkeit nicht viel vom Öl gesprochen. Aber das ändert nichts daran, daß Frauen, Kinder und Kranke heute im Libanon auch deshalb von Bomben zerfetzt werden, damit die USA — und in ihrem Gefolge auch die anderen westlichen Imperialisten — auch weiterhin die reichen Ölvorkommen des Nahen Ostens kontrollieren können. Im Oktober letzten Jahres, anläßlich eines großen Waffengeschäfts mit Saudi-Arabien, erklärte US-Präsident Reagan: „Solange Saudi-Arabien und die OPEC-Länder des Nahen Ostens jene Energie liefern, die benötigt wird, damit die Räder der Industrie sich in der westlichen Welt drehen, so lange ist es ausgeschlossen, daß wir tatenlos zusehen könnten, wie das alles von irgendjemandem erobert wird, der dann das Öl abschaltet." Einen Monat später wurde das erste formelle Militärabkommen zwischen Israel und den USA abgeschlossen, ein Abkommen über „Zusammenarbeit und militärischen Beistand zur Abwehr von Bedrohungen der Sicherheit für die ganze Region zu ermöglichen, die von der Sowjetunion oder sowjetisch beeinflußten Kräften von außen hereingetragen werden". In einem geheim gebliebenen Zusatzabkommen ist festgelegt worden, für welche militärischen Aktionen Israels die USA grünes Licht geben — u.a. für eine „Straf"aktion im Südlibanon. Und so führt Israel heute seinen Krieg gegen den Libanon mit

Fortsetzung auf Seite 10

Einzelhandel spürt die Krise — Warenhäuser rationalisieren:

„Sich in einem Hause alles bieten lassen!"

„Kaufhof bietet tausendfach, alles unter einem Dach", diesen Werbeslogan dichteten Mitarbeiter eines Warenhauskonzerns um: „Sich in einem Hause alles bieten lassen", — so sehen die Angestellten für sich die Folgen, die Konsequenzen der Maßnahmen der Konzernbosse aus der jüngsten Geschäftsentwicklung.

Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik spürt auch der Einzelhandel, spüren sogar die großen Warenhäuser die Folgen der sich verschärfenden Krise, merken sie, daß der „kleine Mann", ihr Hauptkunde, nicht mehr soviel Geld wie früher in den Taschen hat, und natürlich bei ihnen nicht ausgeben kann, was er nicht hat.

Kapitalistische Krise, das ist eben nicht nur das Problem der Banken und der Zinssätze, der Investitionsprogramme und Staatshaushalte, sondern trifft vor allem den kleinen Mann, die Masse der Bevölkerung.

Die Raubzüge gegen die Werktätigen, Lohnabschlüsse seit zwei Jahren unter der offiziellen Teuerungsrate und Massenarbeitslosigkeit, zeigen ihre Folgen natürlich auch in den Kassen des Einzelhandels.

Erstmalig in der Nachkriegsgeschichte ging — nach Abzug der Preissteigerungen — der private Verbrauch in der Bundesrepublik im letzten Jahr zurück. Um 1,1 Prozent — und die Tendenz ist steigend.

Gerade die großen Warenhauskonzerne bekommen das zu spüren. Der Kaufhof-Konzern setzte 1,8 Prozent weniger um als im Vorjahr, Horten hatte ein Minus von 4,1 Prozent, bei Hertie und Bilka waren es 4,5 Prozent Miese. Branchenführer Karstadt konnte wegen des Jubiläumsverkaufs (100jähriges) zwar im letzten Jahr noch ein Plus verbuchen, gab aber für das erste Halbjahr '82 ein Minus von über 10 Prozent an.

Dennoch machen die Konzerne satte Gewinne. Mit Ausnahme des Hertie-Konzerns schütteten die Konzerne von 12,5 Millionen Mark bis 58 Millionen Mark an Gewinnen aus. Bei insgesamt sinkender Belegschaftszahl, denn auch die Warenhausmanager haben das mittlerweile übliche Krisenrezept voll in Anwendung: Personalabbau und Sozialleistungen streichen.

Zwar versuchen die Warenhäuser ihre Sortimente zu verkleinern, verändern es im Ruhrgebiet etwa, bei 13 Prozent Arbeitslosen „mehr in die untere und mittlere Preislage" (Horten-Zitat), aber vor allem führen sie auch einen großen Rationalisierungsfeldzug.

Die Gewerkschaft HBV hat errechnet, daß allein 1981 20000 Arbeitsplätze in den Warenhäusern vernichtet worden seien. Die Leistungen der Angestellten allerdings werden immer größer: So stieg der Umsatz pro Beschäftigtem bei Karstadt von 105000 Mark im Jahr 1972 auf 172700 Mark im vergangenen Jahr. Dabei hatte Karstadt vor 10 Jahren auf je 1000 Quadratmeter Verkaufsfläche noch 87 Beschäftigte, letztes Jahr nur noch 50. Bei Horten ging diese Zahl von 67 auf 40 zurück.

Doch damit noch nicht genug. Karstadt, Hertie und Horten erhöhten die Kantinenpreise, Hertie verringerte den Personalrabatt von 15 Prozent auf 10 Prozent und die sich jährlich erhöhende (Dynamisierung) Altersversorgung bei Karstadt und Kaufhof wurde durch Festbeträge ersetzt, Hertie plant diesen Schritt zur Zeit auch.

Zusätzlich nutzen die Warenhauskonzerne das Überangebot an Arbeitskräften durch den verstärkten Einsatz von Teilzeitarbeitskräften und Saisoneinstellungen (etwa Weihnachtszeit, Schlußverkäufe). Sogar die Abteilungsleiter werden unter Druck gesetzt, ein ausgeklügeltes Prämiensystem setzt sie unter „Erfolgszwang" — guten oder schlechten Umsatz bemerken sie an ihrer Lohntüte.

Mit der Vertiefung der krisenhaften Entwicklung in diesem Land wird die Lage der Angestellten im Einzelhandel, besonders bei den Konzernen, bestimmt nicht rosiger. Wie lange sie sich „alles bieten lassen" müssen, hängt dabei nicht zuletzt auch von der Politik der Gewerkschaft ab, die hier, wie in anderen Bereichen kompromißlos für jeden Arbeitsplatz und jede in Jahrzehnten errungene Sozialleistung eintreten muß.

Die deutschen Warenhäuser

	Umsatz 1981 in Mrd. Mark	Veränderungen gegenüber 1980 in Prozent	Mitarbeiter 1981	1980	Filialen	Gewinn/ Verlust
Karstadt-Konzern	12,86	+ 2,0	79 476	84 150	157	43,2 Mill.
Kaufhof-Konzern	8,50	− 1,8	52 700	57 300	212	58,0 Mill.
Hertie-Konzern	6,20	− 4,5	41 407	44 857	115	− 50,0 Mill.
Horten + Partner	3,68	− 4,1	21 280	23 838	56	12,5 Mill.

Diese Tabelle zeigt unter anderem den rapiden Arbeitsplatzabbau in den Warenhäusern. Daß, bei einer Ausnahme, trotzdem große Gewinne gemacht werden, zeigt wie hoch die Ausbeutung pro Angestelltem geworden ist.

Boykottaufrufe illegal?

Ölmultis gegen Verbraucherzentrale

STUTTGART. — Nachdem die Verbraucherzentrale Baden-Württemberg einen Boykottaufruf gegen den neuen Vorreiter einer Benzinpreiserhöhung mit nicht schlechtem Erfolg erlassen hat, bekommen die Verbrauchervereine zunehmend Schwierigkeiten, es wird sogar mit Klagen in Millionenhöhe wegen Schadenersatz gedroht.

Nach Umfragen verschiedener Zeitungen, mußte die ARAL in den ersten Boykottagen an verschiedenen Tankstellen Einbußen bis zu 70 und 80 Prozent hinnehmen. ARAL hatte diesmal den Vorreiter gemacht, und es war sicherlich nicht nur der rein rechnerische Aspekt, der viele Autofahrer bewegte, woanders billiger zu tanken. Die Wut auf die unverschämte Preispolitik der Ölmultis, gerade wieder zur Ferienzeit,ist riesengroß.

Ein Verbraucherboykott war schon lange diskutiert worden. Aber die Juristen, gerade der mächtigen Kartelle, fuhren immer schwerere Geschütze auf. Als die Zeitung der IGM „metall" im Mai bei SHELL anfragte, ob ein Boykottaufruf juristische Schwierigkeiten zur Folge haben könnte, antwortete der SHELL-Sprecher Hoffmann: „Die gäbe es bestimmt."

Auch der ADAC, sowieso eher den Automobilkonzernen, dem Straßenbau und der Öllobby verpflichtet, wiegelt dauernd den massiven Aufruf seiner Mitglieder nach Boykottaktionen ab, vertröstet auf die „Marktgesetze", die schon irgendwann alles regeln würden, und führt immer wieder die nicht absehbaren juristischen Folgen ins Feld, die der Ruin des Vereins sein könnten.

Die Drohungen gegen solche schon lange überfälligen Aktionen kommen auch vom Bundesverband der Deutschen Industrie, der sogar das Grundgesetz als Begründung anführt. BDI-Sprecher Happel: „Nach unserer Auffassung gehört es zur freien Marktwirtschaft, daß jeder Verbraucher selbst entscheiden kann und soll, welche Produkte er kauft. Wenn jedoch von bestimmter Seite zum Boykott eines bestimmten Produkts aufgerufen wird, so muß man sich fragen, **ob dies noch durch das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung abgedeckt ist,** zumal, wenn es sich nicht um idealistische Fragen, sondern um die Durchsetzung wirtschaftlicher Forderungen handelt." (Hervorhebung von uns, RM)

So ist es also noch schwer untertrieben, wenn ESSO-Chef Oehme auf einer Pressekonferenz frech erklärt: „**Preiskritik stößt bei uns auf taube Ohren.**" Andersrum wird ein Schuh daraus: Wer massiven Druck auf die Preistreiber aus den Reihen der Ölmultis ausübt, soll mit Millionen-Klagen eingeschüchtert, soll ruiniert werden.

Daß die Verbraucherzentrale Baden-Württemberg diesen Schritt getan hat, ist eine gute Sache. Gerade jetzt, wo auch die Arbeit der Verbraucherzentralen, als eine Art „Konsumentengewerkschaft" durch die Streichung vieler öffentlicher Mittel eingeschränkt und behindert wird, sollte jeder Autofahrer mithelfen: keinen Liter vom Vorreiter der Benzinpreiserhöhung!

„Schwierigkeiten, den Deckel auf dem Topf zu halten!"

BONN/DÜSSELDORF. — Während der Bundesverband der Industrie (BDI) und CDU-Chef Helmut Kohl die „Operation '83", die neuen Sparbeschlüsse als „richtungsweisend" beschreiben und sogar die Unternehmerblätter den offiziellen DGB-Protest „nur mit Flüsterstimme" wahrnimmt, wächst der Unmut an der gewerkschaftlichen Basis und in den Betrieben.

Daß es dabei nicht nur um Dampfablassen geht, wird klar, wenn sich schon IGM-Offizielle äußern, daß sie keine Möglichkeit mehr sehen, „den Deckel auf dem Topf zu halten". Mit anderen Worten, der Druck gegen die „verständnisvolle Haltung", gegen die sozialpartnerschaftliche Politik der DGB-Führer wird immer stärker.

Einige Beispiele aus der letzten Zeit. So schrieb die Vertrauensleutevollversammlung der Maxhütte in Sulzbach-Rosenberg an Helmut Schmidt: *„Mit den Beschlüssen gegen die sozial Schwachen, habt ihr den Weg gepflastert, der euch unweigerlich ins politische Abseits führt."* Und weiter: *„Es wäre nun an der Zeit, daß die Bundesregierung die Unternehmer in die Pflicht nimmt."* Ähnliche Stimmen gibt es von der IG Metall/Schweinfurt, der IG Druck und Papier in Neuss, der IG Metall/Nürnberg, der ÖTV/Köln.

Dabei protestieren die Gewerkschafter aus Betrieben und Ortsverbänden nicht nur gegen die Sparpolitik der Regierung, sondern setzen sich auch kritisch mit dem Kurs der Gewerkschaft insgesamt auseinander. Wichtig dabei ist es, daß solche Entschließungen oder Stellungnahmen eben nicht mehr nur von einzelnen Funktionären teilweise auch höheren Rangs innerhalb der DGB-Gewerkschaft kommen, sondern daß die Tendenz wächst, daß der Protest von Vertrauensleutekörpern und ähnlichen Grundorganisationen der Gewerkschaften schärfer wird.

Die politischen Strömungen, die innerhalb des Deutschen Gewerkschaftsbundes die Linie der Unterstützung der Regierung um jeden Preis oder gar der verordneten politischen Abstinenz verfolgen, geraten dabei notwendigerweise ebenfalls ins Schußfeld.

Zahllose aktive Gewerkschafter haben es nach den bitteren Erfahrungen des letzten Jahres, als die Operation '82 sozusagen problemlos über die Bühne ging, offensichtlich endgültig satt, daß die Lasten der Krise auf dem Rücken deDArbeiter und Angestellten lasten, während den Kapitalisten immer neue Subventionen geschenkt werden. Dabei darf man sich auch nicht täuschen lassen von jenen, die die Forderung nach einer „gerechten Belastung" als Ziel setzen. Sicher: die Operation '83 muß mit jedem gemeinsamen bekämpft werden, der Widerstand dagegen leisten will, ohne auf weitergehende Dinge zu achten. Aber man muß sich über die Zielsetzung im Klaren sein. Wer jetzt nur die Ungerechtigkeit kritisiert und Ausgewogenheit fordert, der läuft Gefahr, morgen den propagandistischen Bonner Berechnungen auf den Leim zu gehen. Was anderes als ein Schritt in diese Richtung ist es, wenn in „metall" die Belastung der Arbeiter und Rentner einer angeblichen Belastung der Unternehmer um 1,5 Milliarden Mark bei der Erhöhung der Arbeitslosenversicherung gegenübergestellt wird? Ist es denn nicht so, daß diese Kasse seit langem ein weiterer Selbstbedienungstopf der Unternehmer ist, aus der sie sich Kurzarbeit und gar Ausbildungsstellen bezahlen lassen?

ZUM THEMA

Das Parlament soll die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung vertreten. Nur findet sich dafür keine Mehrheit im Parlament.

***

Die meisten Arbeitsunwilligen erhalten ihr Arbeitslosengeld in Form von Dividenden.

***

Am liebsten würden sie die Preise erhöhen, ohne Löhne zu zahlen.

***

Bei einem Gang durch den Betrieb entdeckte der Inhaber einen lose herumliegenden linken Arm. „Hoffentlich war's kein Linkshänder", dachte er.

***

Herr Wolff vom Industrie- und Handelstag wurde beim Kauf eines Schafspelzes erwischt.

***

Wann bleibt ein Milliardengewinn steuerfrei? Nur bei Liebe auf den ersten Flick.

***

Der Vorstandsvorsitzende des Konzerns, der eben 26 kleinere Firmen übernommen hatte, warnte nachdrücklich vor jeder Form der Enteignung.

***

Ich höre immer wieder Klagen über Bandenwerbung in den Stadien. Welche Banden werben da eigentlich?

***

Welche Bande hat denn diesen konjunkturellen Einbruch verübt?

***

Aus: Winfried Thomsen, „Modell Deutschland", 666 Radikalauer, Konkret Literatur Verlag



Aus der Praxis — für die Praxis...

... in dieser Rubrik könnte man bei genügendem Zynismus diese Anzeige eines israelischen Rüstungskonzerns abdrucken. Während israelische Bomber an den Palästinensern Völkermord ausüben, wirbt dieser Konzern für seine „zuverlässigen" Produkte.

Bezeichnend übrigens, daß im gesamten Text immer auf die eingehaltenen „NATO-Normen" hingewiesen wird. Die Mordfabrik scheint ihre Zielgruppe, ihre potentiellen Käufer genau im Visier zu haben...



Sechs Wochen lang streikten die Stahlarbeiter im Winter 1978/79 für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Die Unternehmer versuchten, durch Aussperrungen die Stahlwerker in die Knie zu zwingen. Das gelang aber nicht. Der Kampf scheiterte nur daran, daß die Gewerkschaftsführung gegen den Willen der Streikenden einen faulen Kompromiß akzeptierte.

„Das Wohlwollen der Arbeitgeber . . .“

Die kapitalistische Wirtschaftszeitung „Handelsblatt“ ist offensichtlich nicht nur Informationslieferant und Ratgeber für Unternehmer und Manager. Auch die rechten DGB-Führer befleißigen sich eines regen Meinungsaustausches mit diesem Blatt. Und zwar nicht nur insofern, als sie des öfteren mit Interviews und Beiträgen in dieser ansonsten ausschließlich in Kapitalistenkreisen gelesenen Tageszeitung in Erscheinung treten (zu welchem Zweck eigentlich?!), sondern auch, indem sie sich von ihr darüber beraten lassen, welche Forderungen unter Umständen noch auf ein gewisses Wohlwollen der Unternehmerseite stoßen könnten. Zumindest drängt sich dieser Eindruck auf, wenn man den Kommentar des stellvertretenden Chefredakteurs des „Handelsblattes“, Hans Mundorf, aus der Ausgabe vom 18.6.82 zum Thema Arbeitszeitverkürzung mit dem auffälligen Eintreten gewisser DGB-Bonzen für die Tarifrente konfrontiert. Mundorf schreibt unter anderem:

„Die Alternative wäre also die Tarifrente. Sie ist humaner als die Verkürzung der Wochenarbeitszeit für jüngere Arbeitnehmer in einer Zeit chronischer Arbeitslosigkeit; sie ist ein meßbarer sozialpolitischer Fortschritt; sie hat die volle Unterstützung der Politik; sie ist eine in sich geschlossene Leistung, die nicht, wie der Einstieg in die 35-Stunden-Woche, zu Kettenreaktionen führt.

Unter gewissen Bedingungen sollte daher die Tarifrente auch das Wohlwollen der Arbeitgeber finden. Diese Bedingungen sind: Weitere Festschreibung der 40-Stunden-Woche, Anrechenbarkeit bei den Lohnprozenten, Reversibilität bei geänderter demographischer oder arbeitsmarktpolitischer Lage.“

Tarifrente kontra Wochenarbeitszeitverkürzung?

Leonhard Mahlein verteidigt 35-Stunden-Woche

Für fortschrittliche Gewerkschafter gibt es da keine Diskussion mehr: Die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich rangiert in ihrer Bedeutung und Notwendigkeit ganz klar vor anderen Formen der Arbeitszeitverkürzung. Jedoch herrschen vor allem in den höheren Etagen der gewerkschaftlichen Funktionärskörper seltsamerweise zum Teil entgegengesetzte Standpunkte vor. Der IG-Druck-Vorsitzende Leonhard Mahlein sah sich daher genötigt, in einem Beitrag in „druck und papier“ Versuche zurückzuweisen, die Tarifrente als Ersatz für die 35-Stunden-Woche aufzubauen.



In der Ausgabe 120/13 vom 28.6.82 der gewerkschaftlichen Mitgliederzeitschrift „druck und papier“ veröffentlichte Mahlein einen Beitrag mit der Überschrfit „Tarifrente oder 35-Stunden-Woche?“. Offenkundiger Anlaß für diesen Beitrag: Leonhard Mahlein, der sich schon seit langem für die Verankerung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich als gewerkschaftliche Forderung bemüht, erkannte in dem sogenannten „Gemeinschaftsbrief“ der rechten DGB-Führer Hauenschild (IG Chemie Papier Keramik) und Döding (Gewerkschaft Nahrung Genuß Gaststätten) den Versuch, entgegen der allgemeinen Beschlußlage des DGB und der Einzelgewerkschaften das tarifpolitische Ziel 35-Stunden-Woche zu demonstrieren und an ihre Stelle die Tarifrente zu setzen (vgl. letzter RM Seite 4 und 5).

Im Vorspann zu Mahleins Beitrag heißt es: „Der Beschluß des DGB-Kongresses, die gewerkschaftliche Tarifpolitik stärker zu koordinieren, hat bei manchen ein ‚Glücksgefühl‘ erzeugt. Inzwischen gibt es aber Anzeichen, die die Hoffnungen auf mehr gewerkschaftliche Geschlossenheit dämpfen. In den Gewerkschaften muß rasch Ernst gemacht werden mit Überlegungen, wie sich mehr Gemeinsamkeit herstellen läßt — sonst könnte es sich herausstellen, daß die ‚Nachwehen‘ des DGB-Kongresses eine Fehlgeburt ankündigen.“

Im folgenden geben wir den Artikel des IG-Druck-Vorsitzenden nun auszugsweise wieder:

Tarifrente als Allheilmittel gegen Arbeitslosigkeit?

„Der Brief von zwei Gewerkschaftsvorständen an den Bundeskanzler, wegen der baldmöglichsten Verabschiedung eines Rahmengesetzes zur tarifvertraglichen Regelung der sogenannten ‚Tarifrente‘, mag für manchen überraschend gewesen sein; dennoch ist es lediglich die Fortsetzung eines Versuches der beiden Gewerkschaften, die sich schon im Vorfeld der diesjährigen Lohntarifrunde bemüht hatten, zu einer derartigen Tarifregelung zu kommen. (...)“

„Kritik ist aber am Platze, wenn man zur Kenntnis nehmen muß, wie die ‚Tarifrente‘ als Allheilmittel zur Überwindung der Beschäftigungskrise in der Öffentlichkeit begründet und gepriesen und das eigentliche Ziel aller DGB-Gewerkschaften — nämlich die 35-Stunden-Woche — als untaugliches Mittel verteufelt wird.

Gegen die 35-Stunden-Woche wird u.a. angeführt,

- *daß bei der stufenweisen Einführung und bei Aufrechterhaltung des Lohnniveaus die Betriebskostenrechnungen der Unternehmen zu stark strapaziert werden;*
- *daß über technische Rationalisierungsmaßnahmen bei voller Aufrechterhaltung der Produktivität eher mit einer Arbeitsplatzminderung zu rechnen sei, deshalb müsse der angestrebte arbeitsmarktpolitische Aspekt stark in Zweifel gezogen werden;*
- *daß die Umverteilung der Arbeit auf mehrere Schultern pragmatisch nicht durchzusetzen ist, neue Arbeitsplätze nicht geschaffen würden, nicht einmal der Erhalt des Bestandes zu gewährleisten ist.*

Das sind harte und schlimme Argumente zugleich. Nicht nur, weil sie zum großen Teil gewerkschaftlichen Begründungen und Erfahrungen über den Wert von Arbeitszeitverkürzungen widersprechen, sondern weil sie in gleicher oder ähnlicher Weise immer wieder aus dem Unternehmerlager zu hören sind, obwohl solche Argumente in wissenschaftlichen Untersuchungen (z.B. vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit) längst widerlegt sind.

Als besonders schlimm muß aber die Argumentation empfunden werden,

- *daß die Einkommenssicherung gewiß zur Lebensqualität gehöre, die aufgrund der konjunkturellen Situation (?) ohnehin nicht durchgesetzt werden konnte; gefordert seien in dieser gegenwärtigen außergewöhnlichen Situation flankierende Maßnahmen der Tarifvertragsparteien zur Beschäftigungspolitik der Bundesregierung. Daß das für die aktiv Beschäftigten Einkommenseinbußen bedeute, darüber könne es keine Zweifel geben.*

Wieso eigentlich nicht? Von einer aktiven staatlichen Beschäftigungspolitik war doch jedenfalls bisher überhaupt nichts zu spüren. Im Gegenteil: Die Zumutbarkeitsanordnung der BfA muß als Kampfmittel gegen die Arbeitslosen angesehen werden; die ‚Operation '82‘ belastet sie zusätzlich, und die zu erwartenden Eingriffe in die Sozialleistungen durch die ‚Operation '82‘ werden mit hoher Wahrscheinlichkeit die Arbeitslosen wiederum nicht unberührt lassen. Ist es unter solchen Tatbeständen so selbstverständlich, von den Gewerkschaften flankierende Maßnahmen unter Lohnverzicht zu erwarten, während die Unternehmer keinen Finger rühren, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen? Sind denn die Arbeitslosen von den abhängig Beschäftigten geschaffen oder von den Unternehmern provoziert worden und sollten für den dadurch entstandenen volkswirtschaftlichen Schaden nicht die Verursacher haftbar gemacht werden? Oder sind die Gewerkschaften vielleicht die Vertreter der Systeminteressen der Unternehmer und des Staates? (...)“

Die Arbeit humaner machen

„In Gewerkschaftskreisen sollte wenigstens Übereinstimmung darüber bestehen, daß infolge des in den letzten Jahren immer stärker gewordenen Leistungsdrucks in den Betrieben die Zahl der Frühinvaliden erschreckend zugenommen hat und noch weiter zunehmen wird. Die Zahlen zeigen, daß die eigentlichen Probleme im gesundheitlichen Verschleiß liegen, der durch jahrzehntelange Belastungen vor allem am Arbeitsplatz entstanden ist:

- Unter dem Gesichtspunkt der Humanisierung der Arbeit muß also der Arbeitsprozeß selbst verändert werden. Dies gilt nicht zuletzt für die Veränderung der Arbeitsbedingungen der 20- bis 50jährigen, um zu verhindern, daß sie weiterhin übermäßigem Verschleiß unterliegen.
- Für sich alleine genommen ist vor diesem Hintergrund die ‚Tarifrente‘ eine reaktive sozialpolitische Maßnahme, die der Unternehmerstrategie nach Herausbildung junger, leistungsfähiger ‚Olympiamannschaften‘ entgegenkommt. Damit wird unter anderem die steigende Arbeitshetze begünstigt, die den vorzeitigen Verschleiß fortsetzt und damit auch den Trend zur Frühinvalidität.

Gegen den Verschleiß der Menschen: Die 35-Stunden-Woche

Die Alternative muß doch gerade deshalb die Humanisierung des Arbeitsprozesses während des aktiven Arbeitslebens sein, und das geeignete Mittel dafür ist nun einmal die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. (...)“

Gewerkschafter in den Betrieben fordern:

Kampf für 35 Stunden unverzüglich vorbereiten!

Die Umtriebe rechter Gewerkschaftsführer in Richtung Absetzung der 35-Stunden-Woche von der tarifpolitischen Tagesordnung haben bei den aktiven Gewerkschaftern in den Betrieben Alarm ausgelöst. Dies schlägt sich nieder in der Verabschiedung von Resolutionen, in denen die zuständigen Gremien der Gewerkschaften aufgefordert werden, jetzt sofort mit den Vorbereitungen auf den Kampf um die 35-Stunden-Woche zu beginnen.

Eine derartige Resolution des IGM-Vertrauenskörpers der Bochumer Opel-Werke druckten wir im „Roten Morgen“ 25/82 (vom 25. Juni) im vollen Wortlaut ab. Inzwischen gibt es eine Reihe weiterer Resolutionen mit fast genau dem gleichen Inhalt aus anderen Betrieben bzw. auch von anderen gewerkschaftlichen Gremien. So z.B. von den IGM-Vertrauenskörpern bei den Duisburger Mannesmann-Hüttenwerken, bei Babcock in Mülheim/Oberhausen, bei MAN-Gutehoffnungshütte in Oberhausen, bei Parker Hannifin in Köln, sowie von der Vertreterversammlung der IGM in Ulm, der Vertreterversammlung der IGM in Ludwigsburg und der Fachgruppe Kirchliche Arbeitnehmer des Kreisverbandes Augsburg der ÖTV.

Stellvertretend sei hier der Beschluß der Vertrauensleutekonferenz der Gutehoffnungshütte/Oberhausen-Sterkrade wiedergegeben, der am 16. Juni gefaßt wurde. Er lautet:

„Der Vorstand der IGM, die Ortsverwaltung und der Bezirk sollen unverzüglich umfassende Vorbereitungen treffen für den Kampf um die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Auf allen Ebenen der Organisation muß schon heute begonnen werden, über die Notwendigkeit der Verkürzung der Wochenarbeitszeit aufzuklären. Unabdingbar ist dabei eine enge Zusammenarbeit mit anderen DGB-Gewerkschaften.“

In der dazugehörigen Begründung heißt es:

„Die Gewerkschaftstage der IGM 1977 und '80 sowie der DGB-Bundeskongreß kürzlich haben die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich ausdrücklich gegenüber anderen Formen der Arbeitszeitverkürzung hervorgehoben. Wir sind für jede Form der Arbeitszeitverkürzung, die den gesundheitlichen Verschleiß der Arbeitskraft verringern hilft. Dies gilt auch für die Verkürzung der Lebensarbeitszeit. Hier muß eine politische Initiative gemeinsm mit den anderen DGB-Gewerkschaften gestartet werden, die auf eine gesetzliche Herabsetzung des Rentenalters drängt.

Deshalb sprechen wir uns entschieden dagegen aus, daß die Tarifrente gegen die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich gestellt wird.

Die 35-Stunden-Woche ist unbestreitbar die beschäftigungswirksamste Form der Arbeitsplatzverkürzung: Rund 1,5 Millionen Arbeitsplätze werden damit neu geschaffen. Dafür muß hierbei der volle Personalausgleich und festgelegte Arbeitsbedingungen ohne zusätzliche Hetze von den Unternehmern gefordert werden. Es ist heute, wo nur die Hälfte der Arbeitnehmer das Rentenalter erreicht, notwendiger denn je, die Verkürzung der Wochenarbeitszeit durchzusetzen.“

Brief von Ernst Breit an alle Bundestagsabgeordneten

Sozialabbau im Prinzip als „notwendig" anerkannt

In seinem Brief an alle Bundestagsabgeordneten kritisiert der DGB-Vorsitzende Breit zwar die Regierungsbeschlüsse zum Bundeshaushalt („Operation '83"). Aber er tut dies von einem Standpunkt aus, der in letzter Instanz gegen die Interessen der Lohnabhängigen gerichtet ist.

Hier zwei charakteristische Zitate aus dem Brief von Ernst Breit:

„Der Deutsche Gewerkschaftsbund und seine Gewerkschaften haben in allen ihren Verlautbarungen, in den vielen Gesprächen mit Vertretern der Regierung und der Arbeitgeber sowie in ihren Programmen zur Wiedererlangung der Vollbeschäftigung zu erkennen gegeben, daß sie um dieses Zieles willen in vertretbar erscheinendem Ausmaß zu akzeptieren bereit sind, daß auch die Arbeitnehmer von Maßnahmen nicht ausgeschlossen sein können, die wieder zu einer Normalisierung in den Bereichen ‚Öffentlicher Haushalt', ‚Wirtschaft' und ‚Arbeitsmarkt' führen sollen. Dieser Gesichtspunkt ist auch in der Tarifpolitik nicht außer acht geblieben, wie die Abschlüsse zeigen."

„Sie (die Haushaltspolitik der Bundesregierung — RM) *bedeutet eine nicht ausgewogene Verteilung der von allen zu tragenden Lasten. Dabei verkennen wir nicht, daß auch eine Reihe von Maßnahmen beabsichtigt ist, deren Tendenz zumindest auch mit den Vorstellungen der Gewerkschaften in Einklang zu bringen ist."*

Breit lehnt also die Angriffe auf den sozialen Besitzstand der arbeitenden Bevölkerung und die Einschnitte in das soziale Netz nicht grundsätzlich ab. Vielmehr erkennt er sie im Prinzip sogar als berechtigt und notwendig an. Seine Kritik beschränkt sich im Grunde auf den Vorwurf, die Regierung verteile die Lasten nicht gleichmäßig nach beiden Seiten, sondern die „Gutsituierten" würden geschont, während die „Arbeitnehmer" zu einseitig zur Ader gelassen würden.

Als ob zwischen den Kapitalisten, also den Reichen, auf der einen, und den Arbeitern und unteren Angestellten, d.h. den Lohnabhängigen auf der anderen Seite, überhaupt irgend eine Gleichheit bestünde!

Wenn beispielsweise jetzt ein Eigenbeitrag für die erste Woche des Krankenhausaufenthaltes und für Kuren eingeführt wird, so wird damit das Prinzip des solidarischen und kollektiven Versicherungsschutzes aufgegeben. Für den Arbeiter ist dies im Grunde ein Angriff auf seine Existenzbedingungen. Dafür kann es doch keinerlei wirtschaftliche, politische oder moralische Rechtfertigung geben!

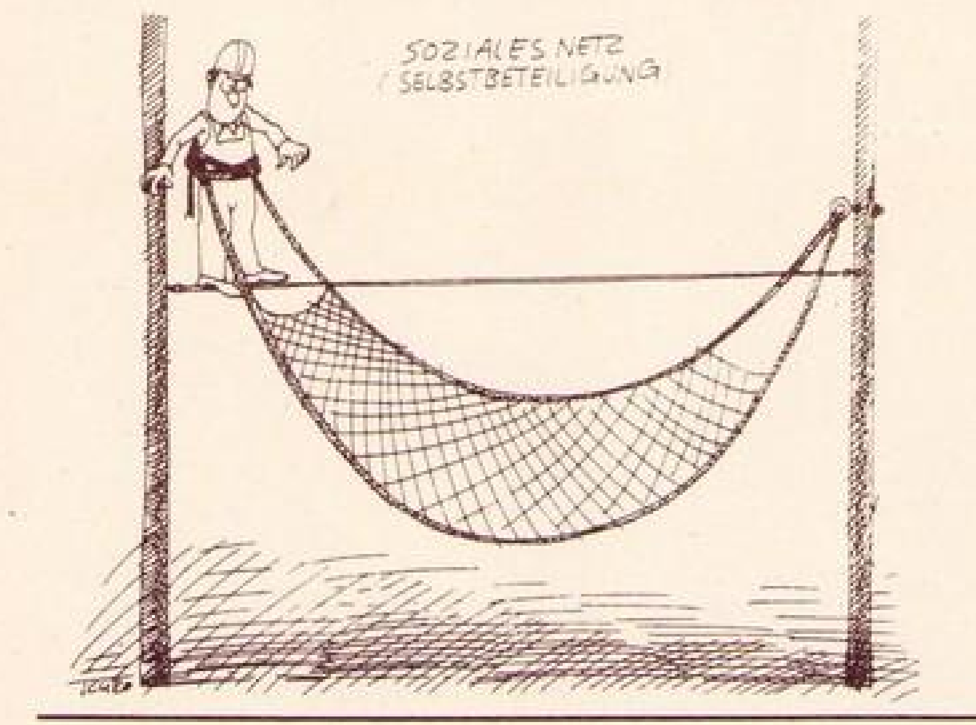
Und umgekehrt: Selbst wenn die Regierung den Reichen die gesamte finanziellen Belastungen der geplanten Sparoperationen des Haushalts '83 auferlegen würde (woran sie selbstverständlich im Traum nicht denkt), selbst dann könnten diese weiterhin ein völlig sorgloses Leben in Luxus führen, von einer Bedrohung ihrer Existenzbedingungen gar nicht zu reden!

Vom gewerkschaftlichen Standpunkt ist es ein absolutes Unding, von einer „ausgewogenen Verteilung der Lasten" zwischen Unternehmen und Lohnabhängigen, zwischen Arm und Reich zu sprechen. Die Reichen, d.h. die besitzende Klasse, sind doch in Wirklichkeit die eigentliche Last, die uns allen auf dem Halse sitzt, d.h. die von der Arbeiterklasse mitgeschleppt werden muß!

Davon einmal abgesehen, haben einzig und allein die Kapitalisten als Nutznießer des Profitsystems die Wirtschaftskrise zu verantworten. Außerdem benutzen sie seit eh und je die Staatskasse als Selbstbedienungsladen, wobei ihnen auch die SPD-geführte Regierung noch nie einen Stein in den Weg gelegt hat. Und die Kapitalisten stehen als treibende Kraft hinter dem Rüstungswahnsinn, sie machen enormen Reibach mit den wild wuchernden Rüstungsausgaben. Ebenso sind sie die Verursacher und Nutznießer der Massenarbeitslosigkeit.

Wer — wie Ernst Breit — so tut, als würden Opfer der arbeitenden Massen, also Lohnverzicht und der Abbau von Sozialleistungen, zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit und zur Überwindung der Wirtschaftskrise beitragen, verbreitet die abgegriffene Unternehmerideologie, nach der es dem „Gemeinwohl" dienen soll, wenn sich der kleine Mann den Gürtel enger schnallen muß, damit die Reichen noch reicher werden können.

Die Reichen sollen die Krise bezahlen! Das muß die Haltung unserer Gewerkschaften sein. Nur von diesem Standpunkt aus ist ein konsequenter Widerstand gegen Sozialabbau, Rüstungswahnsinn und Arbeitsplatzvernichtung möglich.



Bundesweite DGB-Aktionen im September!

In einem Beschluß des 12. Ordentlichen Bundeskongresses des DGB heißt es: „Der DGB-Bundesvorstand und die Vorstände der Gewerkschaften werden aufgefordert, bei weiteren, gegen die Arbeitnehmer gerichteten Kürzungen und einseitigen Belastungen bundesweite Abwehraktionen durchzuführen." Dieser Beschluß muß durchgesetzt werden! Appelle und Diskussionen mit Bundestagsabgeordneten sind keine Abwehraktionen, sie können bestenfalls eine flankierende Maßnahme für solche Abwehraktionen sein! Im vergangenen Jahr, als es gegen die „Operation '82" ging, blieb die machtvolle Demonstration der 70000 in Stuttgart eine Eintagsfliege, weil die DGB-Führung es so wollte. Diesmal muß es viele Stuttgarts geben! Und von tatsächlichen Abwehraktionen kann ernsthaft nur dann die Rede sein, wenn man bei Demonstrationen nicht stehen bleibt, sondern auch Streiks zumindest ins Auge faßt und vorbereitet! Der DGB-Bundesvorstand hat vor kurzem angekündigt, daß der September Aktionsmonat gegen die Haushaltsbeschlüsse werden soll. Was aus diesen Beschlüssen und Ankündigungen in der Praxis wird, das hängt vor allem von den aktiven Gewerkschaftern in den Betrieben ab.

Also ran an den Speck.

NH-Skandal — Vetter seit 1976 im Bilde!

„Heinz Oskar, ich bin da erpreßbar ..."

Heinz Oskar Vetter, jüngst aus dem Amt geschiedener DGB-Chef, war schon 1976 von Albert Vietor über die Millionenschiebereien mit der Firma Terrafinanz ins Vertrauen gezogen worden. Das enthüllte jetzt eines der gefeuerten Exvorstandsmitglieder des DGB-eigenen Wohnungsbaukonzerns.

Einer von „King Alberts" Komplizen, der nach den Enthüllungen im „Spiegel" im Frühjahr '82 mit diesem zusammen von der DGB-Führung in die Wüste geschickt worden war, rückte jetzt mit einem weiteren Detail über den NH-Skandal heraus, einem Detail, das die sogenannte Kontrolle des gewerkschaftseigenen kapitalistischen Wirtschaftsimperiums durch die DGB-Führer in ein bezeichnendes Licht setzt. Und zwar hatte Albert Vietor, damaliger Vorstandsvorsitzender des Neue-Heimat-Konzerns, seinen obersten Aufseher, den damaligen DGB-Vorsitzenden Vetter, der gleichzeitig Aufsichtsratsvorsitzender der Neuen Heimat war, bereits am 11. Juni 1976 über seine Beteiligung an der Münchner Grundstücksfirma Terrafinanz ins Vertrauen gezogen.

Die Terrafinanz war 1961 von führenden NH-Managern, darunter auch Albert Vietor, gegründet worden, wobei Vietor dafür sorgte, daß das obskure Unternehmen von der Neuen Heimat eine Millionenbürgschaft erhielt, damit sie in der Finanzwelt überhaupt salonfähig wurde. Die Terrafinanz kaufte dann billig Bauland auf, das sie zu Wucherpreisen an die willige Neue Heimat weiterverscherbelte. Der „Spiegel" schätzt, daß sich Vietor und Co. auf diese Weise zu Lasten der Mieter, der öffentlichen Hand und der Neuen Heimat mindestens 30 Millionen Mark ergaunerten.

1973 stieg Vietor aus der Terrafinanz aus und überließ das Ruder seinem bayerischen Exvorstandskollegen Ludwig Geigenberger. Das bedeutet jedoch nicht etwa, daß nicht weiterhin die schmutzigen Geschäfte mit Hilfe und auch zu Lasten der Neuen Heimat getrieben worden wären. Eines davon war der Verkauf eines Grundstücks in Keferloh bei München für rund 40 Millionen Mark seitens der Terrafinanz an die Neue Heimat im Jahr 1976. Das Grundstück liegt im Wert jedoch in Wahrheit weit niedriger. Bis heute konnte es nicht als Bauland genutzt werden. Das zwielichtige Geschäft ging nicht ganz reibungslos über die Bühne.

NH-Geschäftsführer, die von der geheimen Verbindung zwischen der Neuen Heimat und der Terrafinanz nichts ahnten, stellten sich gegen diesen Kauf, weil sie darin ein Verlustgeschäft erkannten. Nun kam Albert Vietor in Bedrängnis, denn sein bayerischer Komplize Geigenberger wollte auf dem unattraktiven Grundstück auf keinen Fall sitzenbleiben. Er forderte den schnellen Abschluß der „Transaktion". So in der Klemme zog Vietor seinen Aufsichtsratsvorsitzenden, den DGB-Chef Vetter, unter seine Decke: „Heinz Oskar, ich bin da erpreßbar, wir müssen Keferloh kaufen."

Die Beichte fand am 11. Juni 1976 in Travemünde im Beisein von Vorstandskollegen der Neuen Heimat statt. Der Beichtvater Heinz Oskar wurde darüber ins Bild gesetzt, daß „King Albert" und andere NH-Manager bis 1973 heimlich an der Terrafinanz beteiligt waren.

Heinz Oskar tat jedoch das genaue Gegenteil von dem, was jeder biedere Gewerkschafter als das angesichts der gegebenen Sachlage einzig Denkbare betrachten würde: dem schmutzigen Spiel ein sofortiges Ende machen, den erpreßbaren Konzernboß umgehend von seinem Posten entfernen, umgehend eine schonungslose Untersuchung zwecks Aufdeckung eventueller weiterer Eiterbeulen in dem gewerkschaftseigenen Unternehmen einleiten usw.

Stattdessen vertuschte der DGB-Chef und Aufsichtsratsvorsitzende den Skandal. Er deckte die ungeheuerliche Machenschaften und ermöglichte so das Weiterwuchern eines Krebsgeschwürs, das, wenn es nicht bald beseitigt wird, unsere Gewerkschaftsbewegung zugrunde richten muß!

Man kann natürlich vielerlei Spekulationen darüber anstellen, warum Vetter so handelte. Offenbar war auch er erpreßbar. Inzwischen ist ja bekannt, daß Vetter neben anderen DGB-Führern wie z.B. Eugen Loderer oder Alois Pfeiffer selbst in schmutzige finanzielle Machenschaften mit der Neuen Heimat verwickelt war. Loderer und Pfeiffer sitzen — es ist haarsträubend! — nach wie vor auf hohen und höchsten Gewerkschaftsposten. Sie verdanken dies unter anderem der Tatsache, daß der DGB-Bundeskongreß im Mai dieses Jahres ein weites, unermeßlich weites Herz für all diese Dinge bewiesen hat ...

Welches Theater wurde der Bevölkerung, nicht zuletzt den Millionen DGB-Mitgliedern, von Vetter und Konsorten nach den „Spiegel"-Enthüllungen im vergangenen Frühjahr vorgespielt! Vetter kündigte eine Untersuchung „ohne Gnade" an. Dem eiligst fallengelassenen Vietor höhnte er scheinheilig hinterher: „Wer hoch steht, fällt tief." Man habe von nichts etwas geahnt — jammerten die Bonzen — und sei „zutiefst erschüttert" über das, was von gewissenlosen Leuten hinter dem eigenen Rücken getrieben worden sei, usw., usf. Und als dann zeitgleich mit dem DGB-Kongreß die neuen Enthüllungen kamen, als damit all dieses Getue bereits zur Genüge als Lüge und unerhörter Mummenschanz offenbar wurde, zog der Kongreß trotz allem keinerlei Konsequenzen!

Dieses totale Versagen! Dieser bodenlose Sumpf! Diese Unfähigkeit, mit Vetternwirtschaft und finsterer Kumpanei zu brechen und endlich einmal auszumisten! — Das ist die Visitenkarte einer mit der bürgerlichen Gesellschaft, mit dem kapitalistischen System verfilzten und verschmolzenen Bonzenclique, die unsere Gewerkschaften auf Partnerschaft mit dem Kapital, auf Loyalität gegenüber dem Bonner Staat einschwören will.

Gewerkschaft kontra Operation '83

„Aktiver Widerstand heißt z.B. Demonstration und Streik"

Zu der arbeiterfeindlichen Rotstiftpolitik der Bundesregierung besitzt die DGB-Führung ein Konzept. Jedoch keines, das geeignet wäre, die Bonner Sparkommissare endlich zu stoppen. Das Konzept von Ernst Breit und Konsorten zielt vielmehr dahin, den Protest und Widerstand der Gewerkschafter zu „entschärfen". Aber die Kritik an der Basis über die Abwiegelei wächst ...

Offene verbale Unterstützung für die Politik der SPD/FDP-Koalition können sich die rechten DGB-Führer heute kaum mehr erlauben. Zu sehr würden sie sich als Komplizen des „sozial"-liberalen Amoklaufes gegen den sozialen Besitzstand der Arbeiterschaft bloßstellen. Sie leisten Unterstützung jedoch durch ihre Taten bzw. auch durch ihre Unterlassungen als Gewerkschaftsführer.

Lautstarke aber zugleich inkonsequente Kritik an der „Operation '83" einerseits bei geschicktem Abwiegeln jedes ernsthaften gewerkschaftlichen Widerstandes andererseits ist dabei ihre Methode. Man versucht die gewerkschaftlichen Aktivitäten auf Appelle an die Parlamentsabgeordneten und an die etablierten Politiker zu begrenzen.

Statt gewerkschaftliche Gegenmacht zu entfalten, sollen wir also den „Dialog" mit unseren angeblichen Volksvertretern suchen. Als ob die nicht schon seit Jahren das Volk ganz ungeniert zugunsten der Kapitalinteressen verschaukeln würden und ihm nach dem Motto, den Armen nehmen und den Reichen geben, die Lasten der Wirtschaftskrise und des Rüstungswahnsinns aufbürden!

Völlig klar: Da hilft kein Appell, da hilft nur Power! DGB-Vorsitzender Breit jedoch schickte am 20. Juli einen Brief an alle Bundestagsabgeordnete, worin er Kritik an den Haushaltsbeschlüssen der Bundesregierung übt und an die Empfänger appelliert, sich der *„nicht ausgewogenen Verteilung der von allen zu tragenden Lasten"* zu widersetzen.

Was heißt denn hier „nicht ausgewogen"? Die Reichen sollen gefälligst zahlen! Und zwar nur sie! Nicht nur die Vorgehensweise der DGB-Führung ist halbseiden bis dorthinaus, sondern ebenso auch ihre Kritik an der Politik des Sozialabbaus!

In dem Brief kündigt Breit im übrigen an: *„Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes und seiner Gewerkschaften werden in nächster Zeit Gelegenheit nehmen, mit Ihnen das persönliche Gespräch zu suchen, um Sie über das Ausmaß der unsozialen Auswirkungen und Zumutungen dieser Regierungsbeschlüsse für die Betroffenen und deren Reaktionen zu informieren".*

Gerade „die Reaktionen der Betroffenen" scheinen dem Herrn Breit Unbehagen zu bereiten. Denn immer mehr Gewerkschafter drängen auf richtige Kampfmaßnahmen. Als ein Beispiel hierfür sei aus einem Artikel des Düsseldorfer Bezirksvorsitzenden der IG Druck und Papier, Lutz Pfunder, zitiert, der im NRW-Bezirksinfo der IG Druck veröffentlicht ist. Pfunder stellt da unter anderem fest:

„Es müßte uns egal sein, welche Partei uns ans Leder geht. Wir sind als Gewerkschaft für die Interessen der Arbeitnehmer verantwortlich, auch und besonders, wenn diese krank, arbeitslos oder Rentner sind. Unser Widerstand darf sich demzufolge nicht auf verbalen Protest beschränken, sondern der DGB muß endlich zum aktiven Widerstand übergehen. Aktiver Widerstand heißt z.B. Demonstration und Streik."

Bundesweite Beamtendemonstration

Der Bundesbeamtenausschuß des DGB hat beschlossen, Anfang September eine zentrale Protestveranstaltung mit Teilnehmern aus allen DGB-Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes aus dem gesamten Bundesgebiet und Westberlin „gegen die einseitig verordneten Lohnverzichtsdiktate von Bund und Ländern" durchzuführen.

„Richtlinien" der Bundesregierung von Mitte Juli

Ausländergesetz wird verschärft

Noch keine endgültige Entscheidung über Familienzusammenführung



Demonstration gegen die Ausländergesetze im Februar 1982 in Hamburg.

Am 15. Juli hatte sich das Bundeskabinett mit der geplanten Neuregelung der Ausländergesetzgebung zu befassen. Zwei Punkte standen im Mittelpunkt: Die „Zuzugsregelung" und die „Förderung der Rückkehrbereitschaft". Diskussionsgrundlage bildeten diesbezüglich Vorschläge von Bundesarbeitsminister Westphal (SPD), deren skandalösester Teil die Forderung ist, den Nachzug von Kindern zu ihren in Westdeutschland und Westberlin arbeitenden Eltern zu verbieten, sobald sie das Alter von sechs Jahren erreicht haben. Damit würden die Familien unserer ausländischen Kollegen völlig zerstört. Dieser Vorschlag bringt deutlich die Interessen der Kapitalisten zum Ausdruck, die nur an der Arbeitskraft der Eltern interessiert sind. Für sie sind unsere ausländischen Kolleginnen und Kollegen ebenso wie wir nur Arbeitstiere, und bei den Ausländern sehen sie die Chance, eine weitestgehende Entrechtung und ganz und gar unmenschliche Behandlung auch beibehalten und noch verschärfen zu können. Sie spekulieren dabei direkt auf die Möglichkeit, die deutsche Arbeiterschaft gegen die Ausländer aufzuhetzen, indem sie uns einreden, ausgerechnet unsere Arbeitskollegen aus anderen Ländern seien schuld an der schlechten Wirtschaftslage.

Die Regierung hat die genannten Probleme am 15.7. noch nicht abschließend geregelt. Dazu soll die vom Innenministerium erarbeitete Neufassung des Ausländergesetzes dienen, die im Herbst vorgelegt werden soll.

Nach der Kabinettssitzung befürwortet die Bundesregierung folgende Maßnahmen zur „Rückkehrerleichterung": Kollegen aus der Türkei und Portugal (keine EG-Staaten) sollen nach ihrer Rückkehr nach einer sechsmonatigen Wartefrist Sparverträge vorfristig auflösen und ausbezahlt erhalten können. Ebenfalls nach sechs Monaten sollen sie den von ihnen entrichteten Beitrag zur Rentenversicherung zurückerstattet bekommen. Der von den Kapitalisten zu zahlende Anteil wird einbehalten. Falls es im jeweiligen Fall dem Kapitalisten recht ist, soll es die Möglichkeit zur Abfindung unverfallbarer Ansprüche auf Betriebsrenten geben. Diese Maßnahmen sollen bis Ende 1987 gelten. Eine Kapitalisierung der erworbenen Arbeitslosengeldansprüche, für die die Kollegen aus dem Ausland schließlich genauso von ihrem Lohn zahlen wie deutsche Arbeiter, gibt es nicht — das sei angesichts der Wirtschaftslage zu teuer.

Über die Herabsetzung der Altersgrenze für den Familiennachzug wurde entgegen dem Drängen Westphals noch keine Entscheidung getroffen. Bei der Behandlung dieser Frage, deren Brisanz allen Beteiligten klar ist, gibt es zwischen den und innerhalb der Parteien noch Widersprüche. Es geht dabei allerdings nicht um Menschenrechte, sondern um Zweckmäßigkeitserwägungen, auch wenn das nicht von allen Politikern im gleichen Maße zugegeben wird. Man sorgt sich zum Beispiel darum, daß bei einem klaren Zuzugsverbot für Kinder im Alter über sechs Jahre die ausländischen Familien — das heißt vor allem die aus der Türkei — in einer von den Politikern sogenannten „Panikreaktion" auf einen Schlag alle ihre Kinder nachholen würden, bevor das Gesetz in Kraft trete. Damit seien dann sowohl der Wohnungsmarkt als auch die Schulen überfordert. Das heißt aber doch, man will für die Kinder nichts tun. Und man hat ja bisher schon alles unterlassen, um die sozialen Ansprüche der Kinder unserer ausländischen Mitbürger zu sichern. Man hat in all den Jahren kein Geld gehabt für die soziale Integration, besser: kein Geld ausgeben wollen. Denn das Geld ist natürlich da, bei den Kapitalisten, die deutsche wie ausländische Arbeiter ausbeuten. Systematisch hat man die heutige Situation vorbereitet, in denen jugendliche Ausländer noch schlimmer als Deutsche ohne Chancen auf Schulbildung und Berufsausbildung dastehen. Und jetzt sollen die Ausländer auch noch die Sündenböcke sein, während sich die westdeutschen Kapitalisten und ihr Staat in seit langem ungekannter Weise über den sozialen Besitzstand und die Rechte auch der einheimischen Arbeiter und ihrer Familien hermachen...

Wie gesagt, entschieden ist das noch nicht, man streitet sich noch über den brauchbarsten Weg zum allen Parteien gemeinsamen Ziel. Dabei treibt der Zynismus in den amtlichen Verlautbarungen immer neue Blüten. Minister Westphal erklärte nach der Kabinettssitzung, wenn auch nicht alle seine Vorschläge angenommen wurden, so sei „jedoch die Grundsatzentscheidung getroffen worden, dem Integrationsgedanken Vorrang einzuräumen und Ausländerkinder zu einem Zeitpunkt nachziehen zu lassen, zu dem noch eine deutsche Schulausbildung möglich sei". (Zitiert nach „Süddeutsche Zeitung" vom 15.7.) Die Richtung ist also trotz allem festgelegt. Und das wird dann auch noch als Bemühen um Integration ausgegeben!

Die Kapitalistenzeitung „Handelsblatt" kommentierte am 15.7. die Bemühungen um eine Beschränkung des Zuzugsrechts auf ein Alter unter sechs Jahren mit den Worten: „Derartige Überlegungen sind aber offensichtlich noch nicht endgültig vom Tisch. Das Bundesinnenministerium werde schon im Herbst eine Neufassung des Ausländergesetzes vorlegen, in der dann derartige Regelungen vorgesehen sein dürften."

Am 20. Juli zog dann bereits ein ranghoher SPD-Mann nach. Rudolf Dreßler, Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium, erklärte nach seiner Rückkehr aus der Türkei, wo er mit Vertretern der faschistischen Militärjunta konferiert hatte, für ihn bestünde „kein Zweifel" daran, daß die Altersgrenze für den Nachzug türkischer Kinder im Herbst auf sechs Jahre herabgesetzt werde. Auch bei der türkischen Regierung sei das beabsichtigte Projekt auf „sehr viel Verständnis" gestoßen.



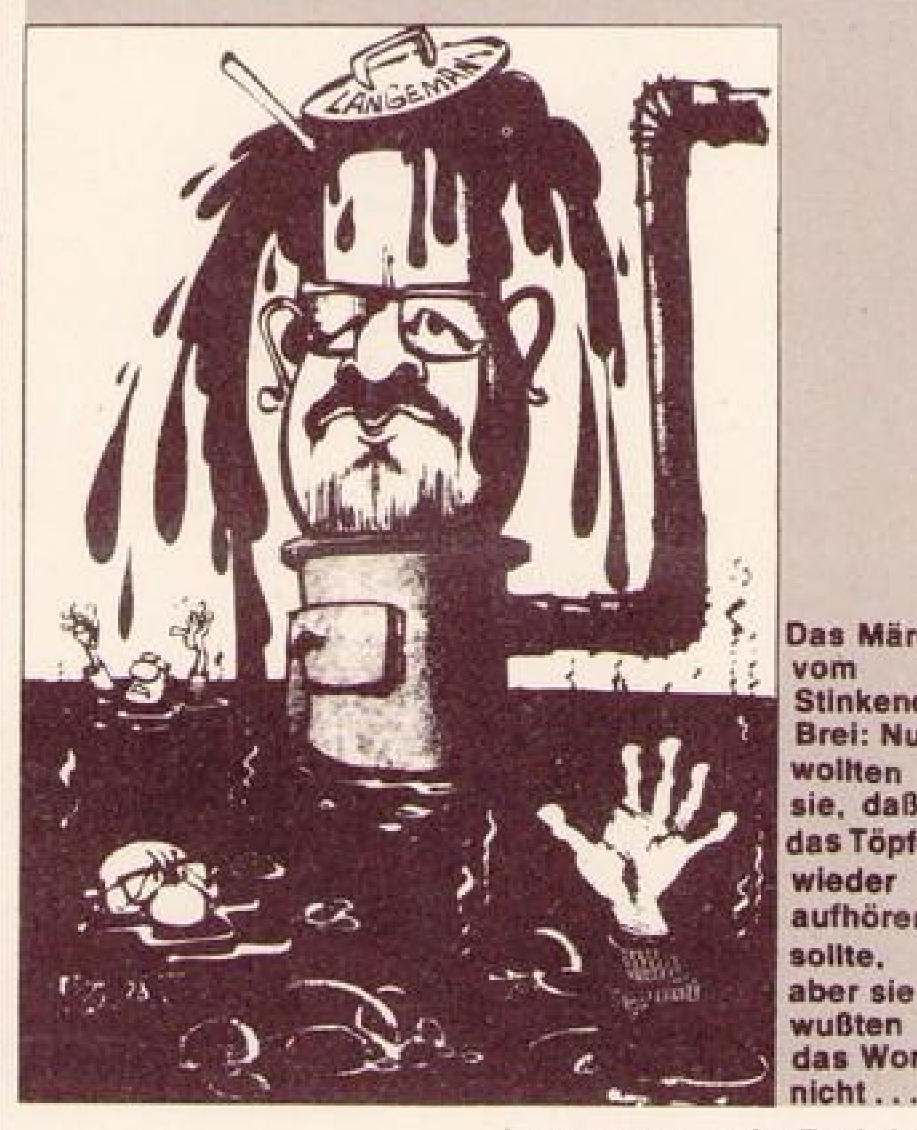
Keine Neonazis,

sondern Antifaschisten sind hier am Werke. Nämlich Christian Lehsten, Druckerei-Arbeiter aus München und Mitglied eines Anti-Strauß-Komitees und eine Kollegin. Sie übermalen faschistische Parolen an der Münchener Wörth-Schule, die dort trotz zahlreicher und wiederholter Proteste mehr als sechs Wochen unbehelligt stehenblieben.

Nach Lehstens Aktion ließ die Stadt innerhalb sehr weniger Tage die gesamte über 300 Quadratmeter große Fläche der Außenfassade neu verputzen, darunter auch unbemalte Gebäudeteile; die Rechnung ging an Christian Lehsten. Er habe sich nämlich der Sachbeschädigung strafbar gemacht! Zumal er auf die ohnehin verschmierte Schulwand eine mehr als gerechtfertigte Entgegnung auf die Nazi-Hetze sprühte: „Stoppt die Ausländerhetze!" Aber schon das Übertünchen, das wie die gesamte Aktion den großen Beifall der Schüler fand, die ihr in einer Unterrichtspause zusehen konnten, wurde als „rechtswidrige" Aktion gewertet, die den Rektor veranlaßte,die Polizei zu holen.

Daß in der Stadt München zweierlei Maß gilt, das wurde auch in dieser Hinsicht bereits mehrfach deutlich. Während beispielsweise die Aufschrift „Hitler SS" am städtischen Berufsbildungszentrum fast ein Jahr stehenblieb, wurde die Losung „Stoppt Strauß" an der Mauer des Bayerischen Landtages binnen einer Nacht beseitigt.

Aber wen wundert das. Strauß, der Landesvater, will sich natürlich nicht stoppen lassen; die Nazis dagegen betrachtet er erklärtermaßen als seine Hilfstruppen.



Das Märchen vom Stinkenden Brei: Nun wollten sie, daß das Töpfchen wieder aufhören sollte, aber sie wußten das Wort nicht . . .

Ärger mit Langemann

Was beim Langemann-Skandal noch alles rauskocht, das fürchten inzwischen Politiker aller Parteien, vor allem natürlich die CSU. Deshalb möchte man gern ganz den Deckel drauftun und vor allem verhindern, daß vor den Landtagswahlen noch allzuviel an die Öffentlichkeit dringt. Deswegen wurden die Untersuchungen gestoppt (siehe dazu auch den Kommentar auf Seite 12). Die hier abgebildete Karikatur erschien in der Münchener tz.

4. Bundeskonferenz der RHD

BOCHUM. — Anfang Juni dieses Jahres fand in Bochum die 4. ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz der Roten Hilfe Deutschlands (RHD) statt.

13 RHD-Gruppen aus dem Bundesgebiet und Westberlin entsandten ihre Delegierten. Der Vorstand berichtete über Zustand und Aktivitäten der RHD im Berichtszeitraum (1981 — 1982) und gab Rechenschaft über die Verwaltung der Beitrags- und Spendengelder. Die Bundesrevisionskommission legte ihren Tätigkeitsbericht vor, indem sie dem Bundesvorstand eine ordentliche und den Bestimmungen der Satzung entsprechende Finanzverwaltung bestätigte.

Im Mittelpunkt der Tätigkeit der RHD steht die finanzielle Unterstützung politisch Verfolgter. Hier sprechen die Zahlen des Finanzberichts für sich. Im Berichtszeitraum wurden 121 856,97 DM an Unterstützung ausbezahlt.

Die RHD ist eine überparteiliche Organisation. Mitglied kann jeder werden, der mit einem Beitrag von monatlich mindestens 2 DM zur Unterstützung politisch Verfolgter beitragen möchte.

Auch bei der Unterstützungsleistung spielt selbstverständlich die Organisationszugehörigkeit der Betroffenen keine Rolle. Die Gelder, die durch Beiträge und Spenden in den zentralen Fonds der Roten Hilfe eingehen, werden und wurden gezahlt zum Beispiel an die Verfolgten des 5. März 81 in Nürnberg, an verfolgte Strauß-Gegner, an Verurteilte in Demonstrations- und Presseprozessen usw. Auch die einzelnen Ortsgruppen selber zahlten Unterstützung.

121 856,97 DM Unterstützung — „Diese Zahl belegt die Notwendigkeit der Arbeit der RHD", stellt das Mitteilungsblatt der Organisation vom Juli '82 fest. In derselben Nummer erschien ein sehr engagierter Kommentar über die Rote-Hilfe-Arbeit, den wir im folgenden wiedergeben.

Kurzsichtigkeit

Es soll Leute geben, die sagen so: Im Moment, wo doch hauptsächlich die „kleinbürgerliche Bewegung" (oder auch: die „Szene") von der politischen Unterdrückung betroffen ist, da ist die Rote Hilfe nicht so wichtig. Und bringt ja auch nichts, die „Szene" organisiert sich ja sowieso nicht. (Tut sie auch in der Regel nicht.) Ja, sagen diese Leute dann weiter, wenn die Arbeiterklasse selbst betroffen ist, dann ist das was anderes. Dann holen wir die Rote Hilfe wieder aus der Mottenkiste.

Fragt sich nur, ob sich diese Leute nicht lieber selbst einmotten lassen sollten. Die Kurzsichtigkeit, mit der sie die Existenz der RHD beurteilen, ist schon kriminell.

Erstens: Was heißt hier „kleinbürgerliche Bewegung"? Nicht deshalb wird sie so hart verfolgt, weil hauptsächlich Leute kleinbürgerlicher Herkunft dabei sind. Sondern weil sie, bei allen Schwächen und Fehlern, für Ziele eintritt, die Ziele der Werktätigen sind (z. b. Frieden, billiger Wohnraum usw.) und weil ihr Kampf die Mächtigen sehr wohl trifft. Da werden heute die Grundsatzurteile gefällt, Methoden eingeübt und Präzedenzfälle geschaffen, mit denen es morgen auch den kämpfenden Arbeitern an den Kragen geht. Da können wir nicht sagen: geht uns nichts an. Da ist es gerade unsere Aufgabe, die Zusammenhänge zu erklären und die Solidarität derjenigen zu gewinnen, die heute noch nicht selbst aktiv sind. Zweitens: Die Belegschaften, die im Frankfurter Raum die Betriebe besetzt haben und um ihre Arbeitsplätze harte Kämpfe geführt haben, die brauchen sich von uns nicht erzählen lassen, wie nötig Solidarität ist. Das wissen sie gut. Da zählen Taten. Nun waren wir dabei noch nicht gefordert, blieben die Solidaritätsaufgaben im gewerkschaftlichen Rahmen. Aber wenn es zu Auseinandersetzungen mit der Strafjustiz gekommen wäre — wären wir denn in der Lage gewesen, wirksam zu helfen? Man kann im Ernstfall nichts „aus der Mottenkiste" zaubern, was man zuvor vernachlässigt hat. Drittens: Zeigt uns die Organisation, bei der es ohne Anstrenung und Arbeit bergauf geht. Na also, und bei der RHD geht's auch nicht im Selbstlauf. Stehvermögen wird in der politischen Arbeit nun einmal gebraucht.

Auch die RHD wird nicht den Schwätzern überlassen.

A. E.

Zum Vorsitzenden der RHD wurde wieder Jürgen Janz gewählt. Seine Adresse: Meyenburgerstr. 10, 2800 Bremen 21, Tel.: 0421/6162260. Der Bundesvorstand ist außerdem zu erreichen über: Almuth Euler, Ludwig-Richter-Str. 1, 4350 Recklinghausen, Tel.: 02361/12657; Inge Arndt, Spolerstr. 18, 2300 Kiel, Tel.: 0431/641531; Hannelore Weskamp, Fritz-Flinte-Ring 91, 2000 Hamburg 60, Tel.: 040/6310010. Postadresse des Vorstands: Postfach 210309, 2800 Bremen 21. **Konto: 79372 - 202 PSchA Hamburg.**

Datenschutz ade

STUTTGART. — Vor kurzem erhielt die Datenschutzbeauftragte des Landes Baden-Württemberg, Ruth Leuze, von der Humanistischen Union den Fritz-Bauer-Preis verliehen. Zum Anlaß für die Preisverleihung nahm die Organisation die Arbeit von Frau Leuze, die nicht bereit war, jeden von der Landesregierung unternommenen Schritt hin zur vollkommen unkontrollierten Sammlung von Daten über Bürger unseres Landes unwidersprochen hinzunehmen.

Der Preis mag für sie eine nette Erinnerung bleiben. An der Verwirklichung der Absichten der Landesregierung ändert das alles nichts: Am 21. Juni beschloß der Landtag die drastische Einschränkung ihrer Kontrollbefugnisse.

Diese Befugnis bleibt in Zukunft beschränkt auf Computerdateien. Der Zugang zu Akten, Listen und Büchern wird verwehrt, Polizeibehörden müssen in Zukunft von Hand geführte Dateien nicht mehr bei der Datenschutzbeauftragten melden. Der Datenaustausch zwischen Behörden wird erleichtert; über die „Notwendigkeit" der Weitergabe kann ausgerechnet die **anfragende** Behörde entscheiden, die natürlich nicht anfragen würde, wenn sie nicht von einer solchen Notwendigkeit ausginge. Da ist es schon fast beschönigend, hier von „Erleichterung" zu sprechen. Damit wird hemmungsloser Austausch ohne jede Kontrolle möglich.

Somit zeigt sich die äußerste Reaktion weiter auf dem Vormarsch. Man darf natürlich nicht vergessen, daß auch irgendein SPD-Datenschützer nicht generell die Speichertätigkeit der Behörden in Frage stellte, und schließlich ist es die Regierung von SPD und FDP, die bundesweit für eine Perfektionierung der Computerzentrale beim BKA gesorgt hat, wie man sie vorher nicht gekannt hat.

Die Festrede bei der Preisverleihung für Frau Leuze hielt der parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium Andreas von Schoeler (aufmerksamen RM-Lesern aus der letzten Nummer bekannt wegen seiner Ausflüchte und Falschangaben bezüglich angeblicher Maßnahmen der Bundesregierung gegen ein Fortbestehen der faschistischen Terrorbande VSBD). Auf die Praxis der Datenspeicherung eingehend, gestand er ein:

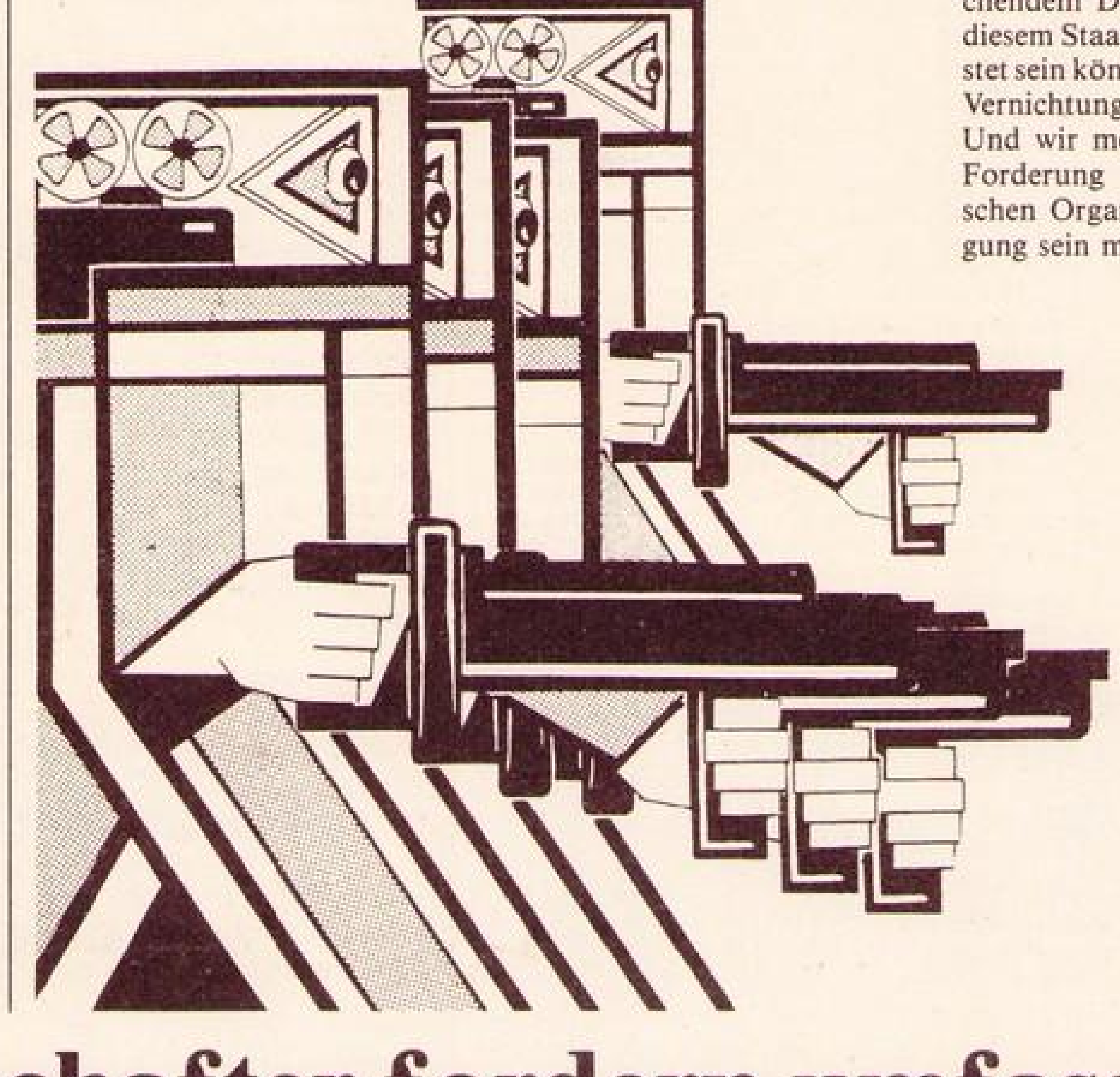
„Die moderne Informationstechnik erlaubt es uns,

- nahezu unbegrenzt richtige und falsche Informationen über jeden von uns zu speichern,
- sie erlaubt es uns, sie für jeden guten und schlechten Zweck zu verarbeiten,
- und sie gestattet uns, sie in Windeseile an gutwillige wie böswillige Interessenten zu übermitteln.

Die Phantasie reicht kaum aus, um sich die möglichen Gefährdungen auszumalen..."

Die immer weiter ausufernde Datenspeicherung, die heute bereits Millionen Bundesbürger erfaßt, ist Bestandteil der Aufrüstung zum totalen Polizei- und Überwachungsstaat, Bestandteil der Faschisierung. Letztgenannter Umstand wurde sogar von einem ehemaligen Datenschützer indirekt zugestanden, von Professor Wilhelm Steinmüller nämlich, der sagte: „Hätten wir morgen einen faschistischen Schwenk, so wären heute alle wesentlichen rechtlichen und technischen Grundlagen angelegt, um das ganze in relativ kurzer Zeit als ein einziges gigantisches, aber unsichtbares Kontrollnetz zu mißbrauchen." Die „rechtlichen Grundlagen" werden dabei, wie man sehen kann, bereits heute noch weiter ausgebaut. Und daß der totale Polizeistaat das Ziel ist, das wurde bereits von den ranghöchsten Datensammlern direkt eingestanden. Besonders die Unionsparteien, das zeigt das Beispiel Baden-Württembergs, drängen zur Zeit auf eine Beschleunigung dieser Entwicklung.

Die KPD ruft zum Widerstand dagegen auf. Und was die Computerdateien betrifft, beschränken wir uns nicht etwa auf die Forderung nach „ausreichendem Datenschutz", der in diesem Staat niemals gewährleistet sein könnte. Wir fordern die Vernichtung der Datenbänke. Und wir meinen, daß dies die Forderung jeder demokratischen Organisation und Bewegung sein muß.



Gewerkschafter fordern umfassende Aufklärung über Nazi-Justiz

HANNOVER. — „37 Jahre nach dem Ende der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft wäre es an der Zeit, wenn Richter und Staatsanwälte ihre damalige Rolle und das Thema NS-Justiz aufarbeiten würden." — Diese Forderung stellte Mitte Juli der Bundesvorstand der Fachgruppe Richter und Staatsanwälte in der Gewerkschaft ÖTV auf. Aber, so fügte er gleich hinzu, es ist zu befürchten, daß dieses Thema „auch weiterhin totgeschwiegen wird".

Anlaß zu dieser Erklärung war die Absetzung einer für das kommende Jahr vorgesehenen Tagung der Deutschen Richterakademie in Trier, die sich erstmals mit dem Thema Nazi-Justiz befassen sollte. (Die Deutsche Richter-Akademie besteht seit zehn Jahren). Das Land Niedersachsen, das sich im letzten Jahr bereit erklärt hatte, die Tagung auszurichten, ließ verlauten, eine Realisierung dieses Vorhabens sei nicht möglich. In einer Erklärung des Justizministeriums dieses CDU-regierten Bundeslandes hieß es unter anderem ausdrücklich, daß dies „nicht nur eine Kostenfrage, sondern auch eine Prioritätenfrage" sei — es gebe wichtigere Themen, denen man sich zu widmen habe. Vielleicht sind damit die Bemühungen gemeint, die Rechte der Strafverteidigung zu beschneiden, wie sie zur Zeit eifrig diskutiert werden, oder ähnlich wesentliche Projekte.

Aber dies ist kein Problem, das allein mit CDU-Regierungen bestünde. Auch Länder wie Hamburg und Hessen zeigten keinerlei Bereitschaft zur Ausrichtung einer solchen Tagung. Schwierigkeiten bei Planung und Organisierung werden vorgeschoben.

Der ÖTV-Hauptvorstand plädierte inzwischen an alle Landesjustizverwaltungen, sich dafür einzusetzen, daß die Tagung doch noch zustande komme. Die genannte Fachgruppe erklärte, es müsse endlich aufgearbeitet werden, aus welchen Ursachen es zu dem Versagen der Justiz in der Zeit von 1933 bis 1945 oder auch davor habe kommen können. Die Behandlung dieses Themas erscheine besonders dringlich, weil die Möglichkeit einer Wiederholung auch davon abhänge, ob sich an den Strukturen der Justiz und der Juristenausbildung seit 1945 im Kern etwas geändert habe.

Diese Dringlichkeit ist zweifellos richtig begründet. Es muß nur darauf hingewiesen werden, daß diese Thematik keineswegs so unbekannt ist, wie es den Anschein hat. Nazi-Juristen haben die bundesdeutsche Justiz mit aufgebaut, wie auch in allen übrigen Bereichen von Wirtschaft und Politik Nazis die Männer der ersten Stunde waren. Und über das Wesen der westdeutschen Klassenjustiz geben die zahlreichen politischen Prozesse einen beredten Aufschluß, nicht zuletzt, aber auch nicht allein die wenigen Verfahren gegen alte und neue Nazis. **Im Kern** hat sich **nichts** geändert.

Davon abgesehen wäre eine öffentliche Behandlung des Problems ein Fortschritt und würde sicher die Aufmerksamkeit von noch mehr Menschen darauf lenken. Die Aufklärung darf allerdings keinesfalls auf eine Richter-Tagung beschränkt bleiben!

Dem ÖTV-Protest schloß sich einige Tage später die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen (AsJ) formell an. Ihr stellvertretender Bundesvorsitzender Isola begründete das Eintreten für die Tagung unter anderem so: „Dann würden nämlich die jungen Juristen beispielsweise erfahren, wer Palandt und Dreher waren, nach denen sich noch heute jeder Jurist richtet, wenn er die von ihnen verfaßten Kommentare zum Bürgerlichen Gesetzbuch und zum Strafgesetzbuch in die Hand nimmt, um sich zu vergewissern, was die herrschende Meinung ist."

Otto Palandt war Präsident des Reichsjustizprüfungsamtes seit 1934 und verschaffte der Nazi-Ideologie Einzug ins „bürgerliche Recht". In den Neuauflagen des BGB-Kommentars nach 1945 wurden dann kraß antisemitische Passagen stillschweigend weggelassen...

Von Eduard Dreher stammt der heute wie früher tonangebende StGB-Kommentar. Dreher hat sich unter dem Hitler-Regime unter anderem damit einen Namen gemacht, daß er als Staatsanwalt in mehreren Fällen die Todesstrafe beantragte.

Das sind zwei wenig bekannte, aber schlagende Beweise dafür, in welchem Geist die Justiz unseres Landes ihre Grundlagen erhielt. Dies geschah im Interesse der gleichen Klasse, die Hitler zur Macht verhalf, des deutschen Großkapitals.

Die Karikatur auf dieser Seite ist einem Buch entnommen, das wir wegen seines Informationsgehaltes über die Entwicklung zum Polizeistaat und über die neueste Ausrüstung der Bürgerkriegstruppen unseren Lesern empfehlen. Es heißt „Ruhe oder Chaos — Technologie politischer Unterdrückung"; eine erweiterte Dokumentation des Gesundheitstages 1981. Vertrieb erfolgt durch die Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe — BBU, Bartelsstr. 26, 2000 Hamburg 6, Tel.: 040 / 4398671.



Entlassen, weil er Abhör-Fälle aufdeckte

MAINZ. — Im Juni wurde, wie Mitte dieses Monats bekannt wurde, in Mainz ein Arbeiter der Bundespost fristlos entlassen, weil er angeblich drei Bürger darüber informiert hat, daß ihre Telefone abgehört werden.

Springers „Welt" griff den Fall ganz groß auf und bezeichnete den Kollegen gleich als DKP-Mitglied, was allerdings nach Angaben dieser Partei gar nicht zutrifft.

Gegen den Arbeiter sind staatsanwaltschaftliche Ermittlungen eingeleitet worden, er steht nach amtlichen Angaben unter dem Verdacht der Verletzung eines Dienstgeheimnisses nach Paragraph 353 b StGB.

Die Abhöraktion war angeblich gesetzlich abgedeckt; das ist keine Schwierigkeit für die Behörden, sie brauchen bloß zu behaupten, diese Maßnahme diene „dem Schutz der freiheitlich-demokratischen Grundordnung oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes". Was der konkrete Anlaß zu dem Abhörbefehl war und gegen wen er sich richtete bzw. richtet, das wird geheimgehalten.

Dieser Vorfall bestätigt einmal mehr, daß offenbar recht viele Menschen telefonisch überwacht werden, selbstverständlich ohne es zu wissen. Er wirft ein Licht auf das Ausmaß staatlicher Überwachung.

Wenn ein Arbeiter der Bundespost, der von einer solchen Aktion Wind bekommt, den Betroffenen darüber unterrichtet, so ist das ein sehr mutiger, ein guter Schritt. Die Schnüffelpraxis der Behörden ist ein Anschlag auf demokratische Freiheiten und muß durchkreuzt werden, wo immer sich eine Möglichkeit dazu bietet. Es tun Unrecht und müssen zur Verantwortung gezogen werden diejenigen, die für diese Praxis verantwortlich sind!

Im Kampf gegen Brokdorf-Urteile:

Haftentlassung auch für Michael Duffke durchsetzen!

NEUMÜNSTER. — Am 10. Juli wurde Markus Mohr, in dem skandalösen Brokdorf-Prozeß von Itzehoe zu 3 Jahren Haft verurteilt, vorerst freigelassen. Die Anwälte von Markus sowie von Michael Duffke, der 5 1/2 Jahre erhielt, hatten Revision gegen das Urteil und Haftbeschwerde eingelegt. Während nun der Haftbefehl für Markus Mohr aufgehoben wurde, bleibt er für Michael weiter bestehen.

Zu diesem Vorgang erklärte Markus' Anwalt unter anderem:

„Die jetzt erfolgte Haftentlassung ist ein Erfolg der gewachsenen Solidarisierungs- und Mobilisierungsbewegung eines breiten politischen Spektrums. Zugleich zielt die Haftentlassung darauf, dem skandalösen Brokdorf-Urteil die Schärfe zu nehmen und dem öffentlichen Druck gegen die drei Jahre Jugendstrafe und die fünfeinhalb Jahre Erwachsenenstrafe entgegenzuwirken. Die Entlassung von Markus Mohr kann nicht Art und Ergebnis dieses politisch bestimmten Verfahrens vergessen machen, insbesondere nicht die seit fast 15 Monaten bestehende Untersuchungshaft von Michael Duffke, für dessen Freilassung sich einzusetzen weiterhin gilt. Über die Haftbeschwerde gegen den Haftbefehl gegen Michael Duffke muß jetzt die nächste Instanz, das Oberlandesgericht Schleswig, entscheiden."

Die Itzehoer Terrorurteile müssen fallen!

NPD-Parteitag in Bünde?

Gericht verurteilt die Stadt, den Nazis Raum zu geben

MINDEN. — Wieder einmal hat ein bundesdeutsches Gericht sich dafür stark gemacht, daß die faschistische NPD ungestört ihre Parteitage abhalten kann. Das Mindener Verwaltungsgericht verurteilte die westfälische Stadt Bünde, ihre Stadt der Nazi-Partei für einen Bundesparteitag im Herbst dieses Jahres zur Verfügung zu stellen.

Dabei nahm das Gericht auch gleich eindeutig Stellung gegen antifaschistischen Protest. Angekündigte Gegendemonstrationen seien keinesfalls ein Grund für die Versagung des Gebäudes; vielmehr seien die Behörden „zu vorbeugenden (!) Maßnahmen" verpflichtet, um „Störungen" auszuschließen. Damit wird heute schon der Aufmarsch bewaffneter Polizeieinheiten zum Schutz der Faschisten legitimiert. In Bünde gibt es in dieser Hinsicht bereits Erfahrungen: Während eines NPD-Landesparteitages am 17. September 1978 hatte die Polizei ein 4 Quadratkilometer großes Gebiet um den Versammlungsort hermetisch abgeriegelt und zum Sperrgebiet erklärt.

Wie nicht anders zu erwarten, fühlen sich die Faschisten nun noch mehr ermutigt. In einer Erklärung gaben sie der Hoffnung Ausdruck, daß sie „auf Grund dieses Urteils auch in anderen Städten ihre Rechte besser wahrnehmen" können.

Das Wort haben jetzt erst einmal die Antifaschisten Nordrhein-Westfalens. An ihnen liegt es vor allem, dafür zu sorgen, daß die Freude der Nazis nicht lange anhält. Die KPD-Genossen werden ihr Teil dazu beitragen.

CDU /CSU-Vorstoß:

Kriegsverbrecher Heß soll freikommen

BONN. — Ganz im Geiste der NPD und terroristischer Nazi-Banden stand ein Antrag, den die Unions-Abgeordneten Benno Erhard und Alois Mertes kürzlich im Bundestag einbrachten: Sie forderten die „unverzügliche Freilassung" der letzten wegen Kriegsverbrechen verurteilten Gefangenen. Besonders viel Wert legten sie dabei auf den ehemaligen Hitler-Vertrauten Rudolf Heß. Inzwischen haben 131 Bundestagsabgeordnete sich diesem Antrag angeschlossen.

Leserbriefe +++ Leserbriefe +++ Leserbriefe +++ Leserbriefe +++

Berufssport — Nein, Danke!

Liebe Genossen!
Zunächst einmal: Alles Gute zum 15. Geburtstag des „Roten Morgens" und die besten Wünsche für eure weitere Arbeit.

Ich möchte noch einmal auf die Fußballweltmeisterschaft zu sprechen kommen. Im Großen und Ganzen habe ich sie ohne nennenswerten Schaden an Leib und Seele überstanden. Relativ schwer und unverdaut liegt mir nur noch ein Kommentar des „Roten Morgens" im Magen. Da wurde in der Nr. 26 vom 2. Juli 1982 unter der Überschrift „Einfach Pfui!" für mich reichlich Überraschendes vertreten:

„Das soll kein Plädoyer gegen Berufssport sein. Es gibt keinen Grund, Berufssport zu verneinen, wenn man gleichzeitig andere Arten der Unterhaltung berufsmäßig bestreiten lassen will. Und daß daraus positive Impulse für den Breitensport entstehen, wird jeder zugeben, der sich etwas auskennt. Aber es soll ein Plädoyer sein gegen die Verzerrung des Sports, gegen Sportmillionäre, deren einzige taktische Überlegung dem Bankkonto gilt."

Nun, als langjähriger Leser des „Roten Morgens" kann ich mich daran erinnern, daß der „Rote Morgen" früher recht gute Gründe gegen den Berufssport vorzubringen hatte. Ich will versuchen, ob ich noch einiges davon zusammenbringe.

Da könnte man z. B. auf die Idee kommen, einen Zusammenhang zwischen dem kapitalistischen Profitum und der in dem Artikel bejammerten „Verzerrung des Sports" zu sehen. Gewiß, der Autor will nicht den kapitalistischen Profi (Millionäre sind ihm verständlicherweise ein Greuel). Er will den sozialistischen Berufssportler, Rummenigge und Paul Breitner sollen mit dem durchschnittlichen Facharbeiterlohn nach Hause gehen. Ganz im Sinne Lenins, der eine solche Entlohnung bekanntlich für die Kader und Funktionäre im Sozialismus vorgeschlagen hat.

Welchen Grund gibt es aber überhaupt für bezahlten Sport? Ich nehme an, die Antwort soll etwa wie folgt lauten: Höchstleistungen im Sport lassen sich nur mit höchstem Trainingsaufwand erreichen. Will man eine Leistungsklasse wie beispielsweise im Fußball die Bundesliga erhalten, kann man das nicht mit Feierabendfußballern. Das ist wahrscheinlich sogar richtig.

Die Frage ist, will man so eine Leistungsklasse um jeden Preis erhalten? Eine Bundesliga, in der es keineswegs um sportlichen Wettkampf und dem durchaus dazugehörenden Siegeswillen geht, sondern um gnadenlosen Kampf. Eine Bundesliga, inder Woche für Woche Spieler krankenhausreif, wenn nicht invalid getreten werden. Und zwar nicht als Folge von Unglücksfällen, sondern als Folge des bewußt in Kauf genommenen Risikos dieser Art Fußball zu spielen. Eine Bundesliga, in der es nur die unerbittliche Konkurrenz aller Spieler um den Platz im Kader gibt, aber keine kollektiven Werte wie Mannschaftsgeist, Kameradschaft o. ä. Will man eine Bundesliga mit Mannschaften, die gar nicht mehr aus einem halbwegs normalen Vereinsleben hervorgehen können, sondern nur durch das Zusammenziehen von Stars aus dem ganzen Land?



Hier liegen ja wohl auch die in dem Artikel erwähnten „positiven Impulse für den Breitensport". Millionen Jungen kicken begeistert, und ich bin überzeugt, daß sie es noch tun werden, wenn der ganze Starrummel einer reichlich idiotischen Vergangenheit angehört. Aber heute kicken sie eben auch mit dem Ziel vor Augen, so wie Rummenigge zu werden: so umjubelt, so reich, so weit weg von den weit weniger attraktiven Lebensbedingungen der Arbeiterfamilie. Derartig positive Impulse können natürlich vergessen lassen, daß Millionen und Abermillionen für Höchstleistungszentren ausgegeben werden, während der Breitensport der Arbeiterjugend sich vorwiegend dort abspielt, wo die Bedingungen am miserabelsten und die Unfallgefahren am größten sind.

Der offizielle und inoffizielle Berufssport (das gilt auch für die Einrichtung der Staatsamateure in den revisionistischen Ländern) hat zweifellos zu ungeheuren Leistungssteigerungen geführt. Aber um welchen Preis? Da werden im Frauenturnen Kinder an die Geräte geschickt mit dem Ergebnis, daß sie in 10 bis 15 Jahren nur noch unter Schmerzen gehen können. Da werden Gewichtheber herangezüchtet, deren Körper wirklich nur noch zum Gewichtheben taugt usw.

Natürlich ist mir klar, daß der Genosse, der diesen Artikel geschrieben hat, gegen alle diese Erscheinungen ist. Ich spreche sie nicht an, um ihm das Gegenteil zu unterstellen, sondern um zu zeigen, daß es ein falsches Ziel ist, eine bestimmte aus dem Kapitalismus hervorgegangene Art des Hochleistungssports unbedingt in den Sozialismus hinüberretten zu wollen.

Der Kapitalismus braucht diesen auf Sensation abgestellten Sportbetrieb, weil sich damit viel Geld verdienen läßt und auch, weil beispielsweise das allwöchentliche Bundesliga-Spektakel Millionen Menschen von ihren eigentlichen Problemen ablenkt. Die erstaunliche Fähigkeit, sich wochenlang über ein Foul an Fischer zu empören, geht oft einher mit der beklagenswerten Unfähigkeit, sich angemessen über die viel gemeineren Fouls zu empören, mit denen der Kapitalismus den Menschen tagtäglich das Leben schwer macht.

Das alles hat mit der gesellschaftlichen Funktion des Höchstleistungssports in der kapitalistischen Gesellschaft zu tun. Und die Frage, ob es im Sozialismus Berufssportler geben soll, hängt davon ab, welche gesellschaftliche Funktion der Sport im Sozialismus haben soll. Nach meinem Verständnis soll der Sport im Sozialismus breit gefördert werden, ein Interesse der sozialistischen Gesellschaft an der Produktion immer neuerer und sensationellerer Höchstleistungen besteht meines Erachtens nicht.

Ich erwarte vom Sozialismus, daß er die Bedingungen für eine allseitige freie Entfaltung der Menschen schafft. Alle Menschen im Sozialismus sollen sich nach Möglichkeit politisch, kulturell, sportlich usw. betätigen. In all diesen Bereichen muß der Sozialismus vor allem die Rolle der Massen steigern und dadurch die Rolle der Spezialisten herabmindern. In vielen gesellschaftlich sehr wichtigen Bereichen auch außerhalb der Produktionssphäre wird der Sozialismus sicher zunächst ohne berufliche Spezialisten nicht auskommen. Ihre wichtigste Funktion liegt aber nicht daran, irgendeine einsame Leistungsspitze zu erreichen, sondern die Aktivität, das Bewußtsein und die Fähigkeit der Massen in dieser Frage zu heben, so daß in der historischen Perspektive das berufliche Spezialistentum überflüssig wird.

Weil ich ohnehin schon arg ins Grundsätzliche abgerutscht bin, noch ein Gedanke: im Kapitalismus regiert der Profit, also das Geld die Welt. Im Sozialismus hat das Geld eine gegenüber dem Kapitalismus stark veränderte Funktion, aber es bleibt ein Relikt der kapitalistischen Gesellschaft. Es bleibt für eine lange Zeit im Sozialismus notwendig, aber notwendig ist auch, daß die sozialistische Gesellschaft sich in eine Richtung entwickelt, in der die Bedeutung des Geldes immer mehr abnimmt. Gerade die Entartung der Sowjetunion und anderer ehemals sozialistischer Länder hat gezeigt, wohin es führt, wenn im Sozialismus die Bedeutung des Geldes immer mehr ins Kraut schießt: es werden immer mehr Möglichkeiten der Bereicherung auf Kosten der Gesellschaft geschaffen und das kann bis zur Herausbildung einer neuen Bourgeoisie gehen. Deshalb muß man sehr genau überlegen, in welchen Bereichen das Geld notwendig noch eine relativ wichtige Rolle spielen muß und in welchen Bereichen man seine Rolle aber bereits sehr stark einschränken kann. Letzteres gilt meiner Ansicht nach für den Sport.

Liebe Genossen!

Jetzt habe ich Euch auch noch in den Ruch gebracht, Anwälte für eine Restauration des Kapitalismus zu sein. Das will ich aber nun wirklich nicht. Die von euch angesprochene Frage ist natürlich wahrhaftig keine, an der die Trennungslinie zwischen Marxismus und Revisionismus verläuft. Über solche Fragen können auch Mitglieder **einer** kommunistischen Partei durchaus unterschiedlicher Meinung sein, und es ist gut und nicht schlecht, wenn das auch im Zentralorgan seinen Niederschlag findet. In diesem Sinn finde ich auch die Einrichtung der neuen Leserbriefseite gut.

Herzliche Grüße
Horst-Dieter Koch



Die Genossen aus Leverkusen sandten uns ein Exemplar der Betriebszeitung der KPD bei Bayer „Klassenkampf". Darin ist unter anderem der folgende „Brief an die Leser" enthalten, der sich mit den Verhaftungen der Genossen in der DDR beschäftigt. Wir drucken diesen Brief ab als Beispiel einer Möglichkeit, Solidarität zu üben.

Solidarität der Bayer-Betriebszelle

Liebe Kolleginnen und Kollegen!
Wir Kommunisten sind Menschen, die gegen Unterdrückung und Ausbeutung in jeder Form und für den Sozialismus kämpfen. Manchmal sagt uns dann ein Kollege: „Geh doch nach drüben".

Leider ist die Ansicht noch ziemlich verbreitet, daß es in der DDR Sozialismus gibt. Aber mal ganz ernsthaft, ist das Sozialismus, wenn

- die Bonzen in Spezialläden Luxuswaren einkaufen dürfen, während der normale Werktätige noch nicht einmal immer Grundnahrungsmittel bekommt;
- ein Arbeiter für eine Kritik am System seinen Arbeitsplatz verliert und mit Gefängnis rechnen muß;
- die Kinder der Funktionäre in Schule und Studium bevorzugt werden?

Jeder von euch kennt sicher noch das eine oder andere Beispiel. Wir meinen, daß das mit Sozialismus nichts zu tun hat, aber alles mit Kapitalismus.

Deshalb führen auch unsere Parteigenossen in der DDR einen aktiven Kampf gegen das dortige Regime.

Ihr könnt euch sicher vorstellen, daß das nicht einfach ist, denn sobald die Staatssicherheit (Stasi) etwas bemerkt, ist sie sofort mit Verhaftungen zur Stelle.

Im letzten Jahr etwa wurden rund 10 kommunistische Oppositionelle verhaftet. Andreas Bortfeldt, dem die Stasi Mitgliedschaft in der KPD/Sektion DDR vorwirft, soll allein aufgrund seiner politischen Gesinnung zu einer mehrjährigen Gefängnisstrafe verurteilt werden.

Vor vier Wochen wurde Manfred Wilhelm mit derselben Beschuldigung in einem Geheimprozeß zu acht Jahren Gefängnis verurteilt. Andere kommunistische Oppositionelle erhielten Gefängnisstrafen von drei Jahren und vier Monaten, vier Jahren und zehn Monaten und sechs Jahren.

Das Honecker-Regime hat die Verhaftungen und Verurteilungen bisher mit keinem einzigen Wort in den Massenmedien erwähnt. Proteste aus zahlreichen Ländern und von Amnesty International werden verschwiegen.

Diese Mauer des Schweigens wollen wir durchbrechen, um diesen politischen Gefangenen in der DDR zu helfen und um über die wahren Verhältnisse in der DDR zu informieren.

Eine kleine Bitte haben wir da an euch, liebe Kolleginnen und Kollegen: erzählt in eurem Bekanntenkreis und (wenn ihr habt) euren Verwandten in der DDR davon, daß in der DDR eine kommunistische Opposition existiert und von den Verhaftungen und Verurteilungen.

Vor nichts hat das dortige Regime mehr Angst, als daß die Wahrheit ans Tageslicht kommt.

Redaktion des Klassenkampf

Klammheimlich wird der Ausschluß betrieben

Leserbericht aus Lübeck

Nach dem großen Protest im Herbst vergangenen Jahres gegen die Ausschlußabsichten gegen Törk Hansen stellte die Ortsverwaltung Lübeck keinen Antrag auf Ausschluß. Das ließ sicherlich die Bonzen in den Vorständen nicht ruhen, sie übten mächtig Druck auf diese Ortsverwaltung aus. Über ein halbes Jahr später aber erscheint plötzlich wieder der Ausschluß gegen Törk Hansen auf der Tagesordnung der Ortsverwaltung, und sie faßte den Beschluß, jetzt doch den Antrag auf Ausschluß zu stellen.

Der Druck von oben und die Hoffnung, daß der Protest gegen ihre Absichten lange genug zurück liegt, hatten wohl zu dieser Entscheidung geführt. Daß es sich aber eben nicht nur um eine Entscheidung „von oben" handelt, wie sie immer wieder betonen, sieht man an dem konkreten Verhalten der Ortssekretäre gegenüber dem Betriebsrat Sintermetall, dessen Vorsitzender Törk Hansen ist. Dieser Betriebsrat hat schließlich mit der Verhinderung von 45 Entlassungen zu tun und braucht alle Kraft, um die Arbeitsplätze zu verteidigen. Die Ortsverwaltung aber weigert sich, dem Betriebsratsvorsitzenden Auskünfte zu geben, die er im Auftrag des Betriebsrats einholen soll. Der Druck von oben war eben nur die eine Seite, auch den Bonzen am Ort paßt ein Ausschluß gegen Törk Hansen besser ins Bild. Offensichtlich hoffen sie so, dem Widerstand gegen ihre Sozialpartnerschaftspolitik besser begegnen zu können.

Trotz der Urlaubszeit, die sicherlich auch mit einkalkuliert war, hat die Solidarität mit Törk Hansen begonnen.

Spendenkampagne zum 5. ordentlichen Parteitag der KPD

Liebe Kollegen, Freunde und Genossen!

Die Spendenaffäre zeigt es wieder einmal klar: Die bürgerlichen Parteien werden durch die Bank vom Monopolkapital ausgehalten. Zig Millionen Steuergelder werden ihnen über dunkle Kanäle und über die Wahlkampfkostenerstattung für ihre arbeiterfeindliche Tätigkeit zugeschanzt.

Unsere Partei hat es dagegen schwer. Als kommunistische Arbeiterpartei verfügt die KPD über keine anderen Einnahmen als die Beiträge und Spenden ihrer Mitglieder und Freunde. Die Finanzkraft der Partei steht und fällt mit der Einsatz- und Opferbereitschaft ihrer Genossen.

Der 5. ordentliche Parteitag rückt näher. Der Parteitag wird in einer Zeit stattfinden, in der die Vertiefung der kapitalistischen Krise, die drohender werdende Kriegsgefahr und das Anwachsen der faschistischen Kräfte die Arbeiterklasse und die Partei vor große Aufgaben stellen. Ohne Geld kann die Partei diese Aufgaben nicht bewältigen, ohne viel Geld gibt es keine Vorbereitung des Sozialismus.

Führen wir deshalb zum 5. Parteitag eine große Spendenkampagne durch!

Unser Ziel:

200 000 DM Spenden für die KPD bis zum Jahresende!

Jede Mark für die Partei ist gut investiert — jede Mark für die KPD dient deinen eigenen Interessen, ist eine Mark für die Revolution.

ZK der KPD

Spenden bitte auf folgende Konten überweisen:

KPD, 4600 Dortmund 30, Bank: Stadtsparkasse Dortmund
(BLZ 44050199) Kto-Nr.: 321004547.
Postscheckkonto: Postscheckamt Dortmund
(BLZ 44010046) Kto-Nr.: 6420 - 467.

***

Spenden für die KPD sind im Rahmen der Höchstgrenzen (1800,— DM für Ledige / 3600,— DM für Ehepaare) von der Lohn- und Einkommenssteuer absetzbar. Dies bewirkt, daß 22 oder mehr Prozent der Spende vom Finanzamt erstattet werden. Auf Wunsch versenden wir Spendenbescheinigungen. **Spendenbescheinigungen für Privatpersonen können nicht für Spenden ausgestellt werden, die — laut Überweisungsabschnitten — von Zellen oder anderen Gliederungen der Partei gezahlt werden.**

RM-Erzählwettbewerb

Die Erzählung, mit der wir heute den Abdruck von Beiträgen zum Wettbewerb „15 Jahre Roter Morgen“ fortsetzen, befaßt sich mit Vorkommnissen in der DDR. Mit Geschehnissen, die mit dazu beitrugen, daß sich die Hoffnung der deutschen Arbeiterklasse auf einen sozialistischen deutschen Staat auf Dauer nicht erfüllte. Als ehemalige DDR-Bürgerin ist die Verfasserin mit dem Leben in Ostdeutschland damals sehr gut vertraut.

Der Klassenfeind

Ein verhexter Tag, dachte Kurt. Am früheren Morgen hatte seine Brigade die letzten Arbeiten am Transformator beendet, und am Abend beim Verladen auf den Güterzug hieß es, am Transformator sei Sabotage verübt worden — das Ganze zurück. Der alte Meister Fischer hatte es ihm kurz vor Feierabend gesagt. Wie konnte das nur passieren? Gerade an diesem Transformator hatten sie mit besonderer Sorgfalt gearbeitet, denn er sollte zum 34. Jahrestag der Oktoberrevolution in die UdSSR geliefert werden. Nachdem die Abnahme erfolgt und alles in Ordnung war, hatten sie den Transformator sogar noch mit eine Blumengirlande geschmückt. Und jetzt das. Gewiß, es wurde auf der letzten Betriebsversammlung wieder darauf hingewiesen, daß mehrmals in Berliner Betrieben Sabotage begangen wurde und größere Wachsamkeit gegenüber den Agenten des Klassenfeindes entwickelt werden müßte. Aber unter seinen Kollegen? Nein, da war kein Agent. Allerdings gab es Kollegen im Betrieb und auch in seiner Brigade, die lieber in Westberlin arbeiten würden und die der jungen DDR gleichgültig gegenüberstanden. Und es gab auch welche, die hier kein Blatt vor den Mund nahmen, besonders dann nicht, wenn sie in der Produktion auf Schwierigkeiten stießen, die durch Fehlplanungen, Unfähigkeit und anderen Bockmist entstanden waren. Deshalb waren sie aber noch keine Klassenfeinde und machten einen neuen Transformator unbrauchbar. Wer war es dann? Vielleicht jemand aus einer anderen Abteilung, einer anderen Halle? Es mußte so sein, denn die Leute aus den Brigaden ringsum kannte er alle, da war bestimmt keiner drunter, der so etwas machen würde.

Kurt schlenderte langsam die Wilhelminenhofstraße hinunter. Vor dem HO-Laden blieb er stehen. Durch die Schaufensterscheibe sah er Erika, wie sie Kunden bediente. Noch eine halbe Stunde bis Ladenschluß. Sollte er solange vor dem Geschäft warten? Sie wollten ins Kino gehen. Er spazierte gemütlich weiter und holte seine Schachtel „Turf“-Zigaretten aus der jackentasche. Dabei wurde er wieder an die Sabotage-Sache erinnert, an seinen Kollegen Erwin, der ihm morgens zwei West-Zigaretten Marke „Juno“ angeboten hatte. War Erwin ein Klassenfeind? Beileibe nicht. Obwohl Erwin kein Freund der DDR war und an Wochenenden in Westberlin Schwarzarbeit machte — Sabotage? Das würde er nicht tun.

Sie sahen den Film „Der Kahn der fröhlichen Leute“, eine Liebesgeschichte auf einem Elb-Kahn. Kurt verfolgte die Handlung nur wenig. Immer wieder mußte er an die Sache im Betrieb denken. Wie stand er selbst eigentlich zur DDR? Natürlich nicht ablehnend. Mit dem meisten war er einverstanden. Er war ein Arbeiterkind. Sein Vater war vor 1933 in der SPD gewesen. Armut hatte er früh kennengelernt und auch ein Stück Ausbeutung bei der AEG Treptow bis er 1940 in den Krieg mußte. Den Krieg hatte er als Soldat heil überstanden und Gott sei Dank auch die drei Jahre amerikanische Kriegsgefangenschaft. In der Partei war er noch nicht. Solche Mitgliedschaften würden Pflichten und Aufträge mit sich bringen. Jetzt wollte er heiraten, eine Familie gründen, leben. Es stimmte, die Zeit war noch schlecht, doch die Jahre '48, '49, '50 waren schlechter gewesen. Es gab jetzt, im Jahre 1951, doch schon Fortschritte. In den HO-Läden konnte man ohne Lebensmittelkarten kaufen, das kulturelle Leben fing wieder an — es gab wieder nette Tanzlokale und neuerdings hier in Oberschöneweide eine gemütliche Gaststätten. Ob er mit Erika nach dem Kino noch kurz ins „Heidekasino“ gehen sollte?

Der nächste Tag brachte für Kurt die Überraschung. Meister Fischer suchte ihn noch vor Beginn der Arbeit im Umkleideraum auf: „Du sollst zur BGL (Betriebsgewerkschaftsleitung) kommen.“ Und vertraulich: „Man mißtraut dir, man verdächtigt dich, daß du etwas mit der Sabotage zu tun hast.“ — „Wie bitte?“ Kurt war sprachlos. Wieso gerade er? Das konnte doch nur ein Irrtum sein.

Im FDGB war Kurt Mitglied, auch Erika. Kurt saß dem BGL-Vorsitzenden gegenüber und hoffte nun auf die Aufklärung des „Mißverständnisses“. Persönlich kannte er den BGL-Vorsitzenden nicht, aber es war ja seine Gewerkschaft. Der Brigadier war ebenfalls anwesend. Kurt stellte die Frage, wer ihn beschuldigte und was ihm vorgeworfen würde. Der Brigadier schwieg. Kurt spürte deutlich, wie ihm eine feindliche Stimmung entgegenschlug. Der BGL-Vorsitzende antwortete: Wer und was man ihm vorwerfe, stünde hier bei der BGL nicht zur Debatte. Da würden sie anschließend noch auf die Direktion gehen. Hier wollten sie nur den Arbeitsablauf und Arbeitsdetails rekonstruieren. So war es. Fast zwei Stunden lang zerlegten sie in Gedanken Arbeitsvorgang für Arbeitsvorgang. Doch nirgendwo war ein Fehler zu erkennen. Die argwöhnische Stimmung gegen ihn aber blieb.

Auf dem Weg zur Direktion überlegte Kurt unterbrochen: Hatte er sich sonst unbeliebt gemacht? Hatte ihn jemand aus Rache falsch beschuldigt? Vielleicht wegen der Kantinengeschichte? Die Hälfte der Kantine war für die Angestellten reserviert gewesen, die andere Hälfte für die Arbeiter aus der Produktion. Die Tische der Angestellten hatten weiße Tischdecken, die der Arbeiter waren wegen der oft beschmutzten Hände und Kleidung kahl. Seine Brigade hatte sich beschwert, Kurt war ihr Wortführer. Man gab ihnen recht. Jetzt hatten alle Tische weiße Decken, mit einer Glasplatte darüber und vorbei war es mit den reservierten Plätzen. Das konnte aber doch kein Grund sein, sie hatten ja alle geschlossen hinter der Beschwerde gestanden. Oder war jemand verärgert, weil er für die Weltjugendfestspiele kein Quartier zur Verfügung gestellt hatte? Er lehnte dies bei der Umfrage ab, weil er im August gerade seine kleine Wohnung renovierte.

Auf der Direktionsetage las er die Schilder an den Türen: Technischer Direktor, Kaufmännischer Direktor, Kulturdirektor..., die Tür, in die sie eintraten, hatte kein Schild. Ein Betriebsschutzmann kam ihnen entgegen. Den Mann hinterm Schreibtisch hatte Kurt noch nie gesehen. Gehörte er wirklich zur Direktion? Am Revers seiner Jacke trug er das Abzeichen der SED. Sie setzten sich, der BGL-Vorsitzende und Kurt. Der Brigadier war nicht mitgekommen. Der Mann hinterm Schreibtisch stellte sich mit Müller vor und kam gleich zur Sache: Ihr wart doch im TRO (Transformatorenwerk Oberschöneweide) das eingetreten, was der Klassengegner seit Beginn der Hennecke-Bewegung verstärkt betreibt: Sabotage. Aus Unterlagen und Ermittlungen, die bereits veranlaßt worden waren, ginge hervor, daß er in amerikanischer Kriegsgefangenschaft gewesen war und dort politisch ausgebildet worden sei.

Jetzt hörte doch alles auf. Kurt mußte sich zusammenreißen. Sein Herz hämmerte. Bloß ruhig bleiben. Man wartete auf seine Antwort — oder auf sein Geständnis? Er gab eine kurze Erklärung ab: Jawohl, er sei in amerikanischer Gefangenschaft gewesen wie Tausende andere Soldaten auch, jawohl, er hatte auch politische Vorträge und Filme anhören müssen, wie Tausende andere deutsche Soldaten auch, aber deswegen sei er noch lange kein amerikanischer Agent. Er verließ den Raum und knallte die Tür hinter sich zu. Stille. Niemand folgte ihm. — Was waren das eigentlich für Parteileute, die mit soviel Unverfrorenheit und ohne Scham unbescholtene Arbeiter der Agententätigkeit beschuldigten?

Der Brigadier hatte Anweisung erhalten, Kurt nach Hause zu schicken, „bis er vom Betrieb Nachricht“ erteilt. Kurt ordnete seinen Arbeitsplatz und ging in den Umkleideraum. Hier erwarteten ihn zwei Betriebsschutzmänner, die seinen Spind durchsuchten. Das auch noch, dachte Kurt, wie ein Verbrecher.

Kurt gab Erika Bescheid und wartete bis zum Ladenschluß in der nächsten HO-Gaststätte. Erika war ebenso fassungslos wie er. Sie fuhren zu seinen Eltern nach Köpenick raus. Sein Vater war nicht sehr erschrokken, er hatte Ähnliches schon auf seiner Arbeitsstelle im Glühlampenwerk erlebt. Da mußte man schon vorsichtig sein, wenn jemand im Blauhemd oder mit einem Parteiabzeichen am Rock erschien. Am besten, man hielt den Mund oder tat so, als ob man mit den Wölfen heule. Hatte einer etwas, wie Kurt, mit dem Westen zu tun gehabt oder sogar noch Verbindung zum Westen, so wurde er schnell verdächtigt. Sie berieten hin und her. Erika machte den Vorschlag, er solle sich in Westberlin Arbeit suchen. Das aber würde bedeuten, daß er erst recht als „Agent“ beschattet wird. Was konnten sie tun? Niemand wußte Rat. So wollten sie erst einmal abwarten und die Sache am Sonntag weiterbesprechen. Es war spät geworden, Kurt und Erika fuhren nach Oberschöneweide zurück.

Am Mittwoch tat sich nichts, auch am Donnerstag nicht. Am Freitag fand Kurt eine Vorladung in Briefkasten, am Montag ins Polizeipräsidium Alexanderplatz zu kommen. Nun war die Sache noch schlimmer geworden. Jeder wußte, was das bedeutete.

Kurts Vater sah nur eine Möglichkeit: Ostberlin sofort zu verlassen. Erika könnte später folgen. Westberlin war ja nicht aus der Welt und heiraten könnten sie auch dort. Kurts Mutter heulte. Gab es eine andere Lösung? Dieser Vorladung würden weitere folgen, neue Verdächtigungen würden auftauchen, die Gerüchte würden nicht verstummen. Kurt war kein Einzelfall. Nein, Kurt hatte keine Chancen mehr, nach diesem Vorfall in Ruhe gelassen zu werden.

RM-Erzählwettbewerb

Am Sonntagnachmittag fuhren sie noch einmal zu Kurts Eltern. „Prost, mein Junge, auf daß du mehr Glück hast in Westberlin“, wünschte ihm der Vater. Später brachte ihn Erika zum S-Bahnhof Köpenick. Nur seine Papiere hatte er bei sich und die Vorladung. Mit Erika würde er sich in den nächsten Tagen in Charlottenburg treffen, sie würde ihm Kleidung bringen. Kurt stieg in die S-Bahn in Richtung Westen.

Schade, dachte Kurt, auch in der DDR hätte er gut leben können, wenn die Parteileute nicht überall immer nur Klassengegner und amerikanische Agenten sehen würden, wo keine sind. Gewiß, es gab sie, wahrscheinlich auch nicht wenig. Aber waren es etwa die Arbeiter, die in amerikanischer Kriegsgefangenschaft gewesen waren? Der Staat schlägt sich doch mit diesen Verfolgungen in das eigene Gesicht, überlegte er weiter.

Er schaute aus dem Fenster. Stationen Wuhlheide, Karlshorst, Rummelsburg, Lichtenberg — bald würden sie nur Erinnerung sein. Bahnhof Friedrichstraße. „Letzte Station im demokratischen Sektor...“ machte der Ansager die Fahrgäste aufmerksam. Kurt blieb sitzen. Wieder einer mehr, dachte er, der der DDR den Rücken kehrt. Wie viele werden noch folgen? Ade Ostberlin! Ade Sozialismus!

H. L.

Als Klassenfeind abgestempelt wird heute in der DDR jeder, der sich nicht vollständig der Diktatur der Bonzen beugt. Wie diese Jugendlichen, die 1978 auf dem Ostberliner Alexanderplatz ihrem Unmut Luft machen. Der Feind der Arbeiterklasse ist aber die herrschende Bonzen-Clique in Partei und Staat selbst.

Tips • Tips • Tips • Tips • Tips • Tips • Tips • Tips • Tips • Tips •

Noch 8 Wochen bis zum Pressefest

Verschiedene Zellen der Partei haben in der letzten Zeit beschlossen, einen besonderen Beitrag zur Verbesserung des „Roten Morgens“ zu leisten. Sie wollen ihren Bekannten und interessierten Kollegen — auch solchen, die bisher unsere Zeitung noch nicht lesen — eine bestimmte Ausgabe schenken, der sie einen Fragebogen beigelegt haben. Darin werden die Kollegen und Freunde um ihre Meinung zum RM und zu einzelnen Artikeln gebeten. Das Ergebnis wird sicher dazu beitragen, daß wir den RM noch besser und verständlicher machen können.

— — —

Die Genossinnen und Genossen einer Großbetriebszelle der Partei haben sich verpflichtet, daß jeder von ihnen noch einen Beitrag zum Erzählwettbewerb leistet. Das finden wir prima. Wenn man etwas zu erzählen hat — und wer hat das eigentlich nicht? — dann soll man das aufschreiben. Das ist allemal eine Bereicherung für den RM. Und die Genossen zeigen damit auch, daß der Erzählwettbewerb keine Angelegenheit für Spezialisten ist. Über die große Aussagekraft der Erzählungen von Betriebsgenossen konnten sich unsere Leser anhand der bisher veröffentlichten Beiträge bereits ein Bild machen.

— — —

Für neue Leser unserer Zeitung sei hier noch einmal darauf hingewiesen, daß es mit der Einsendung von Erzählungen auch etwas zu gewinnen gibt:

1. Preis: Eine Spiegelreflexkamera
2. Preis: Ein Kassettenrekorder mit Mikro
3. Preis: Ein Buch

Einzige Auflage: Schreibt bitte nicht mehr als 200 Schreibmaschinenzeilen.

Der Einsendeschluß hat sich verschoben, da das Pressefest später stattfindet, als ursprünglich vorgesehen. Er liegt jetzt nicht mehr, wie früher angegeben, auf dem 15. August, sondern auf dem 1. September.

Wenn euch später noch etwas einfällt oder ihr früher nicht zum Schreiben kommt — nicht die Flinte ins Korn oder die Schreibmaschine aus dem Fenster werfen. Schickt uns alle eure Erzählungen. Wir können nur nicht *garantieren*, daß sie noch in die Wertung einbezogen werden. Im übrigen hoffen wir, daß mancher Leser des „Roten Morgens“ Lust bekommen hat, auch außerhalb eines Wettbewerbs mit eigenen Beiträgen unsere Zeitung mitzugestalten.

— — —

Das eigentliche Jubiläum des „Roten Morgens“ ist nicht im September, sondern gerade jetzt, im Juli. Vor 15 Jahren traten die Marxisten-Leninisten der KPD, der „alten“ KPD, die sich ans Schlepptau Chruschtschows gehängt und die revolutionären Grundsätze der deutschen Arbeiterbewegung verraten hatte, an die Genossinnen und Genossen ihrer Partei heran und riefen sie zum Kampf gegen den Verrat der Führer auf. Damit war der erste Schritt zur Sammlung der Marxisten-Leninisten, der erste Schritt auch zum Wiederaufbau der revolutionären KPD getan.



Israelische Armee feuert nahezu pausenlos

Westbeirut wird ständig bombardiert und beschossen

Fast jeden Tag wiederholt sich die Nachricht, daß die israelische Armee die Feuerpausen durchbrochen habe und den Westen der libanesischen Hauptstadt Beirut bombardiert beziehungsweise beschossen hätte. Nach wie vor haben die zionistischen Kriegsverbrecher das Ziel, die Stadt sturmreif zu schießen. Die Äußerungen der Begin-Regierung im Zusammenhang mit dem Vorgehen ihrer Armee jedenfalls lassen keinen anderen Schluß zu.

Die Zahl der Toten und Verletzten Palästinenser und Libanesen ist kaum zuverlässig zu schätzen, da fast jede Meldung andere Zahlen bringt und die Situation unübersichtlich ist. Tatsache jedoch bleibt, daß der Widerstand, auf den die Armee stößt, nach wie vor viel größer ist, als die Strategen in Tel Aviv erwartet hatten und daß die Zahl der israelischen Opfer von Begins Kriegskurs ebenfalls wächst, denn die Kämpfer der PLO und libanesische progressive Verbände wehren sich mit allen Kräften gegen den israelischen Überfall.

Während die westeuropäischen Regierungen gegenwärtig untertauchen und sich kaum noch äußern — speziell die Bundesregierung, die wohl mit einigem Entsetzen das Bild vom armen kleinen verfolgten Israel, das sie stets pflegte, allmählich schwinden sieht — sind die Aktivitäten der USA geradezu hektisch, wobei bisher peinlich vermieden wird, mit der PLO zu sprechen.

Es wird jedoch angesichts des nach wie vor entschiedenen Widerstands gegen die israelische Aggression immer deutlicher, daß jede Art von Lösung, die ohne die PLO angestrebt wird, ohne deren Beteiligung keine Aussicht auf Erfolg haben wird. Ebenso wird deutlicher, daß der Zwang,Stellung zu nehmen, allmählich wächst, und daß auch die Bundesregierung ihre heuchlerische Neutralität in diesem Krieg — beim dem sie den Aggressor Israel bezahlt — aufgeben muß.

Sofortiger Rückzug der israelischen Armee aus dem ganzen Libanon!
Anerkennung der PLO!
Stopp jeglicher Unterstützung für Israels Krieg!

Wachsende Proteste humanitärer Organisationen

Palästinensische Gefangene werden mißhandelt

„Zweibeinige Bestien" nannte der Übermensch Begin die Palästinenser — er aber würde sich empört dagegen verwahren, daß solche Bezeichnungen auf ihn auch schon angewandt wurden, nachzulesen in deutschen Geschichtsbüchern. Und dementsprechend werden die Gefangenen auch behandelt. Schon früher hatte es, etwa nach Demonstrationen der Schuljugend im Westjordanland, Meldungen über Mißhandlungen von Palästinensern in den israelischen Gefängnissen gegeben, die auch von neutraler Seite stets bestätigt wurden.

Heute hat dies ganz andere Dimensionen angenommen, mit der Einrichtung von regelrechten Lagern, in die die während des Überfalls gefangenen Araber gepfercht werden. Denn: die Besatzungsarmee maßt sich das Recht an, jeden Nicht-Israeli ohne Begründung und ohne weitere Kontakte, Erklärungen oder gar Rechte einzusperren, wenn dies ein israelischer General für nötig empfindet.



Rund 10000 Menschen sollen nach verschiedenen Meldungen bereits in solchen Lagern interniert und dort regelmäßigen Mißhandlungen ausgesetzt sein: Sie werden geschlagen und getreten und es gab dabei schon Dutzende von Todesopfern. ofern.

Die israelische Regierung weigert sich nach wie vor, den palästinensischen und libanesischen Gefangenen den Status von Kriegsgefangenen zuzubilligen, erst in diesen Tagen bequemte sie sich aufgrund der internationalen Empörung dazu, eine Delegation des Roten Kreuzes in die Sammellager einzulassen.

Auch dieses Vorgehen ist ein weiterer Beweis dafür, wie rassistisch und reaktionär die israelische Politik ist: Alles was arabisch ist, ist von vornherein verdächtig und minderwertig. In diesem Geist wird seit der Gründung des Staates Israel Innenpolitik gemacht, in diesem Geist wurden die in früheren Kriegen besetzten Gebiete faktisch dem israelischen Staat annektiert, und so geht man nun auch in der südlichen Hälfte des Libanon vor.

Arbeiter sollen Krieg finanzieren

Gewerkschaft billigt Zwangsanleihe

Der israelische Finanzminister gab in der letzten Woche den Abschluß eines Vertrages zwischen der Regierung, den Unternehmerverbänden und der Gewerkschaft Histadrut bekannt, mit dem die Kosten des Überfalls auf den Libanon bezahlt werden sollen.

Eine Zwangsanleihe in der Höhe von einer Milliarde Dollar soll von den Arbeitern per Lohnabzug erhoben werden, die Unternehmer bezahlen „freiwillig" — oder auch nicht.

Histadrut, deren Chef Mechel sich in Westeuropa schon durch seine Kriegsbegeisterung bei vielen Gewerkschaftern, an die er sich gewandt hatte, unbeliebt machte, setzt also ein eindeutiges Zeichen: Lohnabzug für die Arbeiter (in elf Jahren bekommen sie es angeblich wieder!) um Begins verbrecherischen Krieg bezahlen zu können. Ein Vorgehen, wie man es tatsächlich bisher nur aus übelsten Zeiten deutscher Geschichte etwa kennt. Die israelischen Arbeiter, die den Militarismus Begins seit langem über die wachsende Teuerung bezahlen müssen, sie werden jetzt auch noch direkt, ungefragt und langfristig zur Kasse gebeten, und dies nicht nur mit dem Segen, sondern sogar mit der Unterschrift der Gewerkschaftsführung, die man besser Kriegsanleihen-Eintreiberorganisation nennen sollte.

Die täglichen Ströme an Deutscher Mark und erst recht an US-Dollars, die den Militärstaat Israel aushalten, sie reichen also nicht mehr aus, die Arbeiter müssen bezahlen. Während auf der anderen Seite die Meldungen darüber sich häufen, daß israelische Unternehmer und Bankiers Geschäfte und Verträge in jenen Bereichen abschließen, die gegenwärtig von der israelischen Armee besetzt sind.

Das Echo auf den Appell des Histadrut-Chefs Mechel im DGB war sehr unterschiedlich (siehe im letzten „Roten Morgen"). Während über hundert Funktionäre aus dem Frankfurter Raum einen offenen Protestbrief an Mechel als Antwort verfaßten, begeisterte sich die „Einheit" der IG Bergbau und Energie Adolf Schmidts für den Kriegstreiber-Gewerkschaftsboß. Und wird sich wohl auch für die Zwangsanleihe begeistern können — wobei zu hoffen ist, daß gerade dieser Lohnraub für Begins Kriegskasse innerhalb der Gewerkschaft noch so manchem die Augen öffnen sollte.



In Hamburg

Solidarität mit der PLO

Eine „umfunktionierte" Parteiversammlung

Die Genossen der KPD in Hamburg Altona hatten seit längerem eine Parteiveranstaltung zum 50. Jahrestag des Altonaer Blutsonntags geplant, jenem 17. Juli 1932, an dem die arbeitermörderische Politik der deutschen Nazis so blutig verwirklicht worden war.

Zu dieser Veranstaltung der Stadtteilzelle, die jetzt am 20. Juli stattfand, kamen denn auch etwa 35 bis 40 Menschen. Es gab zuerst ein Referat und dann auch eine Diskussion über die Frage, wer die Hintermänner, Nutznießer und Wegbereiter des Faschismus sind und waren.

Aufgrund der aktuellen politischen Entwicklung aber stand ein anderer, ursprünglich nicht geplanter, erst kurzfristig vorbereiteter Programmteil im Vordergrund: die Solidarität mit dem palästinensischen Volk, der Protest gegen den israelischen Vernichtungskrieg.

Dazu hielt ein Vertreter des Palästinensischen Arbeitervereins ein Referat, wozu es anschließend eine ausführliche Diskussion gab.

Der Vertreter des PAV wies dabei darauf hin, daß die Palästinenser nicht nur ein geschichtliches Recht haben, in Arabien zu leben, sondern daß ihr Staat damals zugunsten der europäischen Besatzer zerschlagen wurde und sie zugunsten der Zionisten vertrieben wurden. Er betonte, daß die PLO nicht gegen die Juden sei, daß aber der Zionismus von Anfang an auf die Vernichtung der Palästinenser, die die damals verfolgten Juden aufgenommen hatten, ausgerichtet war und heute noch ist.

Er unterstrich, daß die PLO unter allen Umständen weiter bestehen wird: auch wenn sie von Israel verfolgt wird, wenn beispielsweise selbst gewählte Bürgermeister in den israelisch besetzten Gebieten gefangen, verschleppt und gar getötet werden, wenn sogar regelrechte Konzentrationslager eingerichet tet werden, wo die Folter selbst vor Kindern nicht halt macht, auch wenn die PLO gegenwärtig von den arabischen Staaten verraten wird und die Drahtzieher des Camp-David-Abkommens die Vernichtung der Palästinenser wollen, wird die PLO weiter bestehen und kämpfen, denn sie ist die gewählte Führung, sie ist nicht nur die gemeinsame Idee sondern auch die Staatsführung der Palästinenser.

In der anschließenden informativen Debatte, wurde auch darüber gesprochen, wie man praktisch solidarisch sein kann. Dabei wurde gesagt, daß selbstverständlich Geld- und Medikamentensammlungen helfen, daß es aber noch wichtiger ist, den Kampf der Palästinenser und ihrer PLO politisch zu unterstützen, und auch Aufklärung über die wahren Vorgänge im Libanon zu leisten, gegen die Lügen der Presse und Medien in der Bundesrepublik. Die politischen Ziele dabei müssen die Anerkennung der PLO durch die Bundesregierung, der Stopp der Unterstützung für Israel durch die Bundesregierung und der Protest gegen den Völkermord im Libanon sein. Dazu wurden auch konkrete Schritte besprochen. Anschließend wurden 150 Mark als erstes Zeichen von Solidarität gesammelt.

Israels Krieg und die Friedensbewegung

Fortsetzung von Seite 2

Hilfe von amerikanischen Waffen, mit Hilfe von Dollars und DM. Wobei Bonn den israelischen Völkermord nicht nur mit Geld unterstützt, sondern Israel auch politisch den Rücken freihält, indem es verhindert, daß innerhalb der EG Sanktionen gegen Israel beschlossen werden.

Heute geht es im Kampf um die westlichen Ölinteressen „nur" um die „Ausrottung der PLO", um die „Neuordnung des Libanon". Aber wer garantiert uns, daß daraus nicht irgendwann die „Konfrontation der großen Staaten" im „Wettlauf um Öl und Erdgas" wird, von der Kanzler Schmidt 1979 sprach? Niemand. Auch der zweite Weltkrieg begann nicht erst am 1. September 1939. Vorher gab es Äthiopien, Spanien, die CSR ...

Ob sich der Ausbruch eines dritten Weltkrieges verhindern läßt oder nicht, hängt entscheidend davon ab, wie groß der Widerstand ist, auf den die Imperialisten *heute* bei ihrer Aggressionspolitik stoßen. Wenn wir den Ausbruch des dritten Weltkrieges verhindern wollen — und das müssen wir — dann gilt es nicht, aufzupassen, daß uns nichts vom Kampf gegen die Atomraketen ablenkt. Dann gilt es vielmehr aufzupassen, daß uns der Kampf gegen die Atomraketen nicht ablenkt vom Widerstand gegen die Vorbereitung des dritten Weltkrieges. Denn diese Vorbereitung hat bereits begonnen.

„Der Feind steht im eigenen Land"

Das sagte Karl Liebknecht zur Zeit des 1. Weltkrieges. Wir meinen, es ist wichtig,daran zu erinnern, wenn Repräsentanten der Friedensbewegung wie General Bastian plötzlich meinen, eine Annäherung Bundeskanzler Schmidts an den Standpunkt der Friedensbewegung feststellen zu können. Und warum? Weil Schmidt erklärt, daß man an der großen moralischen Kraft der Friedensbewegung nicht vorbeigehen könne, sondern sie für die aktive Politik nutzen müsse. Weil Schmidt plötzlich erklärt, daß er nie an die Unterlegenheit der NATO geglaubt habe. Ja, wo sind wir denn? Seit wann ist denn die offene Ankündigung einer Regierung, daß sie die Friedensbewegung ihres Landes vor ihren Karren spannen will, ein Zeichen für ihren Friedenswillen? Seit wann sind denn die — je nach Konjuktur wechselnden — Sprüche einer Regierung darüber, ob sie militärisch unter- oder überlegen sei, ein Zeichen für ihren Friedenswillen?

Was die Bonner Regierung von Frieden hält, das stellt sie doch tagtäglich unter Beweis: durch ihr Festhalten am sogenannten Nachrüstungsbeschluß, durch ihre Mittäterschaft im Malvinen-Krieg, durch ihre aktive Unterstützung des Krieges gegen den Libanon und das palästinensische Volk. Und zeigen nicht die Haushaltsdebatten vom letzten und von diesem Jahr, daß sie die sozialen Interessen von Millionen bedenkenlos mit Füßen tritt, um der Aufrüstung willen, um die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß das deutsche Kapital einmal mehr mit bewaffneter Gewalt an einem zukünftigen Krieg um die Rohstoffquellen, die Absatzmärkte und Einflußzonen der Welt teilnehmen kann?

Weil das so ist, dürfen wir auf den Kampf gegen die „eigene" Regierung nicht verzichten. Wenn wir das tun, verzichten wir auf die Chance, den Ausbruch eines dritten Weltkrieges zu verhindern!

Liebe Freunde,

wir würden uns freuen, wenn Ihr unsere Überlegungen bei Euren Diskussionen berücksichtigen würdet. Gerade auch im Hinblick auf den Antikriegstag 1982. Sorgen wir dafür, daß der diesjährige Antikriegstag nicht nur zu einem Aktionstag gegen die Atomraketen, sondern zu einem Aktionstag gegen die Kriegstreiber dieser Welt, zu einem Aktionstag für den Frieden wird!

Schluß mit der Bonner Unterstützung für den israelischen Völkermord!
Weg mit dem Nachrüstungsbeschluß!
Gegen Rüstungswahnsinn und Sozialabbau!
Raus aus der NATO! Neutralität!

Vor einigen Wochen fanden in Mexiko die Wahlen zur Präsidentschaft statt. Obwohl am Ergebnis noch gefeilt wird, ist klar, daß Miguel de la Madrid, der Kandidat der Staatspartei PRI gewonnen hat — wobei er zum ersten Mal Gegenkandidaten hatte. „Demokratisierung“ wird das genannt. Wie es in Wirklichkeit damit aussah, das wird in einem Bericht einer Leserin aus Mexiko City geschildert, den wir hier abdrucken.

Wahlen in Mexiko

„... es war ein hübsches Schauspiel“ — mit diesen Worten hatte José López Portillo, der scheidende mexikanische Präsident die Wahlfarce im März in El Salvador charakterisiert.

Das mexikanische Wahlschauspiel jedoch vom Sonntag, den 4.7., wurde als Beweis für das Funktionieren des mexikanischen parlamentarischen Systems, in dem zum ersten Mal „echte“ Oppositionsparteien zugelassen waren, als die „sauberste“, „betrugsärmste“, kurz: „demokratischste“ Wahl in der Geschichte Mexikos gefeiert.

Zugegeben, die Wahlfarce von El Salvador läßt sich nur bedingt mit den mexikanischen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen vergleichen. Doch trotz aller vorhandenen — und großen — Unterschiede gibt es Gemeinsamkeiten: Das Ziel der jeweiligen — teils seit Jahrzehnten regierenden — Parteien, an der Macht zu bleiben — wie auch immer!

Wie mußten die Wahlen der vergangenen Jahre hier in Mexiko ausgesehen haben, wenn trotz **offiziell** zugestandener „Mängel“ in etwa einem Zehntel der Wahllokale die Wahl als „sauber“ und „demokratisch“ bezeichnet wurde?

Die „Mängel“, die bisher bekannt wurden, reichen aus, um ein Bild des mexikanischen Wahlschauspiels zu zeichnen:

— laut Wahlgesetz, das sowieso sie Regierungspartei PRI begünstigt, sollte jede der insgesamt neun sich an den Wahlen beteiligenden Parteien eine Kopie des Wählerverzeichnisses bekommen, um überprüfen zu können, wieviele Leute tatsächlich wählen dürfen. Die Wirklichkeit sah jedoch so aus, daß nur die PRI, die seit 53 Jahren an der Macht ist und sinnigerweise den Namen „institutionalisierte revolutionäre Partei“ trägt, im alleinigen Besitz des Wählerverzeichnisses war.

— Daß dieses Verzeichnis Leute als wahlberechtigt registriert hatte, die schon längst tot oder erst vor kurzem geboren waren und einige Lebende im wahlberechtigten Alter nicht nur einmal, sondern mehrmal aufgeführt waren und entsprechend viele Wahlausweise (hier „credencial“ genannt) bekamen, wunderte unter diesen Umständen schon nicht mehr.

— Obwohl das Wahlgesetz vorsieht, daß die Mitglieder der Wahlausschüsse in den einzelnen Wahllokalen gewählt werden müssen, setzte die Regierung, d. h. die PRI, die Leute ein und wählte natürlich solche, auf deren „Mitarbeit“ sie vertrauen konnte.

Auf dem Land sah das z. B. so aus:

• die Wahllokale wurden auf den Haciendas der Großgrundbesitzer installiert;

• die Großgrundbesitzer oder korrupte Funktionäre der Campesino-Organisationen wurden zum Wahlleiter ernannt;

• der „Einfachheit halber“ wurden keine Wahlkabinen aufgestellt, sondern — wer wird denn vor seinem Chef Geheimnisse haben??? — es wurde „offen“ gewählt. Welche Partei unter diesen Bedingungen der „freien“ Meinungsäußerung angekreuzt wurde, läßt sich mühelos erraten.

Die anderen „Mängel“ lesen sich wie Auszüge aus einem Wildwest- bzw. Kriminalroman:

— Anhänger und Kandidaten der Oppositionsparteien wurden am Wahlsonntag entführt, andere verhaftet oder „nur“ zusammengeschlagen.

— Wahlurnen wurden gegen Abend von bewaffneten Banden aber auch von der Polizei aus den Wahllokalen geklaut.

— Im 6. (insgesamt gab es 300 Wahldistrikte) tauchte ein Bataillon der Marine im Wahllokal auf, um nach dem Motto „alles antreten zur Wahl“, ohne Wahlausweise natürlich, ihre Kreuze zu machen. Für wen wohl?

— Lastwagen voll geladen mit Polizisten fuhren von einem Wahllokal zum anderen, um immer wieder zu wählen, denn „doppelt gewählt zahlt sich besser aus...“.

— Im Bundesstaat Chiapas wurden 150000 Ausländer unter Androhung von Ausweisung und Entlassung gezwungen, zu wählen, für die PRI zu stimmen, obwohl sie als Ausländer kein Wahlrecht besitzen. Wahrscheinlich hatten sie die Stimmzettel bekommen, die in der Hauptstadt als „verloren“ gemeldet worden waren!

— Stimmzettel wurden geklaut und später mit einem Kreuz für die PRI „wiedergefunden“, andere Stimmzettel lagen schon vor Öffnung der Wahllokale fix und fertig ausgefüllt in den Urnen.

— Die PRI „bewachte“ vor der Wahl die Wahlurnen in den von ihr kontrollierten Distriktkomitees, ohne daß die anderen Parteien die Möglichkeit gehabt hätten, diese „Bewachung“ zu überprüfen.

— Kein Mensch hatte eine Übersicht über die Menge der tatsächlich gedruckten und nachgedruckten Stimmzettel.

— In Chiapas durften die Indigenas (das sind die Eingeborenen) trotz vorhandener „credenciales“ nicht wählen.

Die Liste ließe sich beliebig verlängern, denn seit Sonntag werden immer neue Beispiele von „fraude“ (Wahlbetrug) bekannt.

Angesichts dieser Bedingungen drückt die Karikatur („Bien informado = gut informiert) sehr klar aus, was die Wahl an „neuem“ brachte, nämlich nichts!

Die PRI hatte alle Fäden — sprich: technische, organisatorische und politische Mittel und Apparate — in der Hand, um den Wahlsieg von DLM (Miguel **De La Madrid**) an dem kein Mensch hier in Mexiko gezweifelt hatte, zu garantieren.

Unterstützung fand sie — wen wundert's??? — bei der katholischen Kirche, deren Vertreter in Hirtenbriefen jedem, der es wagen sollte „Kommunisten“ oder „Materialisten“ zu wählen, androhten, exkommuniziert zu werden und natürlich von den Medien, allen voran den Rundfunk- und Fernsehanstalten, deren leitende Funktionäre natürlich PRI-Mitglieder sind.

Der massive Einsatz der Medien in dem über sechs Monate dauernden Wahlkampf hatte neben der Propaganda für den PRI-Kandidaten DLM noch ein weiteres wichtiges Ziel: Den Kampf gegen die von Wahl zu Wahl zurückgegangenen Wahlbeteiligung, den „abstencionismo“.

„Wahlbeteiligung ist das wichtigste Recht der Bürger“.

„Wählen ist Bürgerpflicht“.

So tönte es monatelang aus Radio und TV, bei der telephonischen Zeitansage und als Abschlußkommentar auf den Bahnhöfen nach Bekanntgabe der Abfahrtszeiten, stand es schwarz auf weiß täglich in allen Zeitungen.

Alle Mittel wurden eingesetzt, um zu gewährleisten, daß die Leute zur Urne gehen, u. a. das „Ley Seca“, das den Verkauf und Konsum alkoholischer Getränke 48 Stunden vor der Wahl **verbietet** oder die Anweisung an alle Radio- und Fernsehanstalten, **keine** Übertragung der Fußballweltmeisterschaftsspiele aus Spanien während der Öffnungszeiten der Wahllokale zu senden.

Neben diesen „legalen“ Mitteln wurde das Volk mit mehr oder weniger starkem Druck zur Wahl gedrängt:

— in etlichen Betrieben wurden die Löhne erst nach der Wahl und dann nur an die Arbeiter und Angestellten ausgezahlt, die einen abgestempelten Wahlausweis vorweisen konnten;

— billige, subventionierte Milch wurde nur noch an die Frauen ausgegeben, die sich an der Wahl beteiligt hatten;

— Kinder können in einigen Schulen nur dann angemeldet werden, wenn...

— besonders auf dem Land war die Kontrolle der Wahrnehmung des vielzitierten „Bürgerrechts“ besonders stark.

Gab es hier in der Stadt aufgrund der zwar sehr niedrigen aber immerhin vorhandenen Wahlkabinen die Möglichkeit, die Stimmzettel — wie auf dem beiligenden „rausgeschmuggelten“ Stimmzettel — ungültig zu machen, so sah es auf dem Land anders aus.

In vielen Dörfern jedoch war auf dem Markplatz ein Tisch aufgebaut, auf dem — vor aller Augen, besonders denen der „zum Schutz des Wahlvorgangs“ angetretenen Soldaten und Gendarmerie — die Stimmzettel ausgefüllt werden mußten.

Die geschilderten „Wahlzwänge“, aber auch die Tatsache, daß es zum ersten Mal Oppositionsparteien mit eigenen Präsidentschaftskandidaten gab, führte zu dem vielbejubelten Sieg über den „abstencionismo“; Zahlen allerdings liegen bis heute — eine Woche nach der Wahl — immer noch nicht vor, laut Wahlgesetz werden erst heute, eine Woche nach der Wahl, die Stimmen in den Distrikten ausgezählt. Kein Mensch versteht diese Bestimmung, aber sie besteht nun mal und bietet weiteren Anlaß zu Spekulationen in Richtung „Wahlbetrug“, denn wer bewacht wohl die Urnen bis zur Auszählung?

Obwohl „offiziell“ noch keine Zahlen vorliegen, kann folgende Zusammenfassung der mexikanischen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen getroffen werden:

1. Die Wahlbeteiligung war größer als in der Vergangenheit.

2. Nicht die PRI, sondern die reaktionärere PAN (Partei der nationalen Aktion, seit Jahrzehnten in Opposition zur PRI) profitierte von der höheren Wahlbeteiligung ebenso wie die beiden „Linksparteien“ PRT (revolutionäre Partei der Arbeiter mit trotzkistischer Linie) und PSUM (Vereinigte Sozialistische Partei Mexikos, zu der — die zu diesem Zweck aufgelöste frühere revisionistische KP Mexikos gehört).

3. Die Stimmen für die reaktionäre PAN (wahrscheinlich um 20 Prozent der abgegebenen Stimmen) dürfen jedoch nicht automatisch als Zeichen für einen „Rechtsruck“ interpretiert werden, sondern eher als Ausdruck der Unzufriedenheit mit der PRI und der von ihr verfolgten Politik und den damit entstandenen immensen Problemen.

4. Die PARM (authentische Partei der mexikanischen Revolution, die ebenso wie die PPS — sozialistische Volkspartei für die Wahl von DLM zum Präsidenten aufgerufen hatte und keinen eigenen Kandidaten aufgestellt hatte) wird ihre Zulassung als Partei verlieren, denn das sehr restriktive und antidemokratische Wahlgesetz gesteht nur den Parteien und Organisationen den Status einer Partei zu, die mehr als 1,5 Prozent der Stimmen gewinnen.

Von dem gleichen „Schicksal“ betroffen ist die PSD, die sozialdemokratische Partei. Ob andere Parteien ihre Zulassung verlieren, steht — angesichts der noch nicht beendeten Auszählung der Stimmen — noch nicht fest.

Daß die vor einer Woche stattgefundenen Wahlen nicht den von der PRI, aber auch den anderen Parteien, propagierten „cambio“ (Wechsel/Änderung) bringen werden, zeigen die sich täglich mehr zuspitzenden Probleme: Inflation von offiziell mehr als 50 Prozent, enorme Preissteigerungen, Verschärfung der ohnehin schon hohen Arbeitslosigkeit...

Die jetzt schon zahlreichen Kämpfe und Streiks werden zunehmen und noch härter werden.

1978 in Mexico City: 50000 Menschen versammelten sich, um dem 10. Jahrestag des Massakers von 1968 zu gedenken, als die PRI ihre Polizei hatte aufmarschieren lassen, um wahllos zu töten



Die Slums werden immer größer, der Ölreichtum kommt nur den Reichen zugute

Die Nachricht über de la Madrids (DLM) Wahlsieg: „Keine Neuigkeit, das weiß ich schon seit November letzten Jahres“ (als er seine Kandidatur anmeldete)

Kirche GmbH & Co KG

Das Finanzgebaren der beiden großen christlichen Kirchen in der Bundesrepublik und vor allem auch die fein abgedunkelten Geschäfte des Vatikans haben immer wieder zu heftiger Kritik an der Hierarchie geführt, die sich so unchristlich benahm.

Die nahezu schon andauernd zu nennenden Affären der Vatikanbank mit Mafiabankiers wie Sindona und Calvi waren Schlaglichter auf dieses Verhalten, die die Spitze des Eisbergs zeigten.

Daß gerade der Vatikan und die deutschen Kirchen immer wieder im Mittelpunkt solcher Affären standen, hat seine Ursache: nirgendwo sonst auf der Welt hat die Kirche solche Privilegien wie in Italien (Vatikanstaat) und in der Bundesrepublik (Kirchensteuer).

Die Sonderposition der Kirche in der Deutschen Bundesrepublik wird durch einige wenige Zahlen konkret gemacht: Jährlich fast neun Milliarden Mark an Steuern werden von der einzigen Organisation, die außer dem Staat das Recht hat, Steuern einzutreiben, eingenommen — fast fünf Milliarden von der evangelischen Kirche, über vier von der katholischen. Bezahlt wird diese Summe vom beschäftigten Teil der 53 Millionen Mitglieder beider Kirchen. Obwohl mehr als 30 Millionen dieser Menschen angaben, nie oder fast nie in die Kirche zu gehen...

Mit diesem Geld werden von den Kirchen über 900 Krankenhäuser, fast 1500 allgemeinbildende Schulen und über 15000 Kindergärten betrieben. In anderen Worten: 200000 Krankenhausbetten, 360000 Schüler und fast eine Million Kinder stehen unter kirchlicher Obhut.

In diesen und anderen Einrichtungen arbeiten heute ungefähr 550000 Menschen, denen, das sollte man hier unterstreichen, in der Regel die normalen gewerkschaftlichen Rechte verweigert werden.

Nicht nur also, daß hier das Steuerrecht an eine private Organisation, wie es die Kirche ist, so vergeben bleibt wie es zu Zeiten der Fürsten und Feudalen war, die Kirchen spielen auch im Bildungs- und Sozialwesen eine entscheidende Rolle.

Nun gab es bisher, immer, wenn diese Dinge in der Öffentlichkeit zur Sprache gebracht, kritisiert wurden, eine stereotypische Antwort: wir brauchen das Geld für unsere sozialen Dienste, für unsere Hilfe an die Armen. Daß dies beim Vatikan nicht stimmte, das zeigten mindestens die — inzwischen teilweise abgestoßenen — Beteiligungen an Antibabypillen-Fabriken und Rüstungsschmieden, hier war die Kritik zu laut geworden.

Aber in der Bundesrepublik? Ein Krankenhaus ist doch eine gute Sache, oder nicht? Darüber aber geht der Streit doch gar nicht. Niemand auf der Welt wird gegen Krankenhäuser sein — der Widerstand geht heute ja gerade gegen den Abbau des sogenannten Bettenbergs, der jede Reserve in dieser Hinsicht vernichtet und einen besser strukturierten Ausbau verhindert.

Aber: es ist ja nicht so, daß ein Krankenhaus automatisch ein Zuschußbetrieb ist. Die Pflegesätze in kirchlichen Krankenhäusern aber sind keinesfalls niedriger als die in anderen, städtischen Krankenhäusern beispielsweise. Niedriger sind am ehesten noch die Löhne und Gehälter der unorganisierten Belegschaften.

Und: zu all diesen Unternehmungen gab es außer der Steuer auch noch stets wachsende staatliche Zuschüsse, so daß — obwohl dies alles im Geheimen gehalten wird oder im Dschungel der zahllosen Instanzen untergeht — man mit Sicherheit davon ausgehen kann, daß die Kirchen, wie andere Betreiber übrigens auch, zumindest lange Zeit an den Krankenhäusern verdient haben. Zusätzlich verdient haben.

In anderen Ländern, in Frankreich beispielsweise, geht das alles viel bescheidener vor sich: dort sind die Kirchen auf Spendensammlungen angewiesen und auf freiwillige Beiträge ihrer Mitglieder...

Eine Umorganisation des Sozial-, Erziehungs- und Bildungswesens, daß diese undurchsichtigste Form der Betriebsorganisation, die durchaus mit einer GmbH & Co. KG verglichen werden kann, ausschalten würde, die Zuschüsse und Steuergelder direkt in die entsprechenden Bereiche leiten würde — das wäre mit Sicherheit ein Beitrag zum „Sparen", das heute in Bonner Reden so hoch im Kurs steht. Solange es die arbeitenden Menschen betrifft.



Konkordat zwischen Mussolini und dem Vatikan — dieselben Sonderrechte wie dort der Vatikan erhielt die Kirche auch in Deutschland

Neues? aus deutschen Landen

Untersuchungs-aussch(l)üsse

Keiner soll nun mehr sagen, die CSU habe in Wirklichkeit nur wenig Christliches an sich. Zumindest eines haben die CSU-Abgeordneten im Münchner Landtag: Nächstenliebe. Liebe den nächsten CSU-Politiker wie dich selbst, so oder ähnlich hieß es doch schon in der Bibel.

Jedenfalls: nur für sich haben sie es verhindert, daß der Untersuchungsausschuß des bayerischen Landtags in Sachen Langemann seine Arbeit fortsetzt. Gegen die Stimmen der SPD und FDP-Opposition, die eine Fortsetzung der Untersuchung wollten.

Man erinnere sich: Langemann, das war der oberste bayerische Staatsschützer, der bei der linken Zeitschrift „konkret" über die Arbeit der Geheimdienste plauderte. Das sollte untersucht werden. Nein, nein, ganz falsch verstanden: nicht die Arbeit der Geheimdienste. Sondern wie es kam, daß einer aus dieser Riege plauderte.

Was die Münchner Parteien da veranstalteten, war kein Kampf um Aufklärung dunkler Praktiken, sondern ein Wettrennen in Sachen Staatserhaltung.

Wie immer, wenn ein bundesdeutscher Geheimdienst in die Schlagzeilen gerät, sei es wegen der Naziverganqenheit seines Chefs, wegen krimineller Praktiken oder wegen „simpler" Verstöße gegen demokratische Rechte: die „großen Drei" — Parteien nämlich — eilen sich, die Agenten zu schützen. Die Verfassung schließlich, die wird ja schon von eben diesen Agenten geschützt, der Bürger braucht keinen Schutz, also bleiben nur diese armen furchtlosen Ritter der kapitalistischen Grundordnung zu schützen übrig.

Bayerische Wirklichkeit? Göttingen liegt nicht in Bayern. Da geht es nicht um hochrangige Agenten, sondern um niedere Polizeichargen. Und um 15jährige Schüler, die aus der Schule geholt wurden zur Hausdurchsuchung. Grund: sie hatten in ihrer Schülerzeitschrift einen „Lauschangriff" auf die Polizei abgedruckt. Hatte mal einer den Spieß umgedreht und mitgehört, was im Polizeifunk so alles gesagt wird: Kraftausdrücke waren noch das Feinste, Prügeldrohungen die Regel. Aber: das darf es nicht geben. Wenn die Polizei, der Geheimdienst oder sonstwer wieder mal was macht, was selbst durch die Gesetzgebung aus dem berüchtigten Herbst '77 nicht abgesichert ist, dann ist das höchstens ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß parlamentarisch zu untersuchen und den erwarteten Ausschuß zu produzieren.

Ernsthaft: in Bayern sind die Untersuchungen gestoppt, in Göttingen dagegen all jene natürlich, die sich erkühnen festzustellen, daß „unsere" Polizei nicht die beste, schönste, billigste, und überhaupt ist.

Um dies festzustellen, da gibt es kompetentere Leute: eben jene Allparteien-Untersuchungsausschüsse, die eigentliche Untersuchungsausschüsse sind, wo Wahlkampf betrieben wird und der Besen geschwungen, mit dem man unter den großen braunen Teppich kehrt — daß sets aufeinander schimpfend.

Daß so ein Ausschuß jemals neue Tatsachen ans Licht befördert hätte oder gar zu klaren Ergebnissen gekommen wäre — da ist nicht nur Fehlanzeige, das ist auch undenkbar. Denn die Mehrheit der Untersuchenden sind ja Zugehörige der jeweiligen Regierungspartei oder Koalition. Und sie sind eben, wie eingangs gesagt, christlich, auch wenn sie sozialdemokratisch sind. Zumindest haben sie die christliche Tugend der Nächstenliebe. Beim Übernächsten, da allerdings sieht es schon anders aus. Der mag erst 15 sein oder was auch immer. Da wird untersucht bis zum Letzten. Allerdings: das macht dann auch kein parlamentarischer Untersuchungsausschuß, sondern der Staatsanwalt.

hvw

Werden sie geschaßt?

Die Luxusmenschen von Dortmund

Skandal, Skandal ruft es aus allen Ecken. An der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Unfallverhütung (BAU) wurde der Präsident Professor Doktor Doktor Hagenkötter vorläufig seines Amtes entbunden, das ihm unterstelltem Zentrum „Humanisierung des Arbeitslebens" erlebt ein Verfahren gegen seine Chefin Gisela Kiesau.

Frau Kiesau hatte es vorgezogen, erst einmal ihr eigenes Arbeitsleben zu humanisieren, und der Präsident zog mit: Statt wie geplant 5000 Mark für die neuen Arbeitsräume der Frau Kiesau zu berappen, mußte die Bundesanstalt eine wahrhaftige Luxuseinrichtung und eine Renovierung beim Chef bezahlen, machte zusammen — bisher veröffentlicht — 45000 Mark.

Das Bundesarbeitsministerium, das zu Beginn der Affäre alles noch passend und angemessen gefunden hatte, hat seine Meinung geändert und den titelreichen Chef suspendiert. Neue Erkenntnisse seien der Grund — zu allererst wohl die Erkenntnis, daß der Skandal zu weit bekannt wurde. Jetzt also sind alle der Meinung, das sei ein Skandal, daß man sich eben 40 Riesen aus der Staatskasse genehmigt. So weit so gut, aber sehr weit ist das nicht. Natürlich: die Luxusmenschen von Dortmund sind wohl nicht gerade geeignet, ausgerechnet ein Institut zu führen, das sich mit dem Leben der Arbeiter beschäftigen soll. Aus diesem Umstand ergibt sich vor allem das recht große öffentliche Interesse.

Aber: wenn man sich hier so aufregt — und damit ist die Presse gemeint und beispielsweise auch der sogenannte Bund der Steuerzahler — warum nur über die Dortmunder Luxuseinrichtung? Warum nicht beispielsweise über ein 40000-Mark-Essen, das Franz Josef Strauß eben mal zur Feier des Ausbaus der von ihm mitfinanzierten Kurklinik im weit entfernten Bad Füssing gab? Warum nicht über die Millionen, die das Schauspiel des NATO-Gipfels kostete? Warum nicht über die Hunderttausende, die das Gartenfest des Kanzlers alljährlich verschlingt? Warum nicht über die Bonner Ministerialenbüros, die Dienstwagenflotte oder auch die Hunderttausende, die eben mal für ein Kommandeurstreffen der nicht ganz so alten Kameraden der Bundeswehr aus dem Fenster geworfen werden?

Soll hier etwa unterstellt werden, die Luxusmenschen von Dortmund seien fast einzigartig? Soll man noch eine ganze Seite warum nicht dies oder das hinzufügen, um zu zeigen, daß nicht nur von Einzelfall nicht die Rede sein kann, sondern das diese Anschaffungen durchaus am unteren Rande des Regelfalls liegen?

Oder soll damit ein ungeliebtes Institut madig gemacht werden, weil solche Themen, alleine wenn sie gestellt werden, den Unternehmern heute schon nicht mehr ins Konzept passen?

Gegen beides sollte man sich wenden. Vor beidem sollte man sich in Acht nehmen. Ein solches Institut muß anders geführt werden, und verglichen mit anderen sind diese beiden Herrschaften wirklich noch die Kleinen, die man hängt. Luxusmenschlein sozusagen. Was keinen Freispruch bedeuten soll, sondern eine Forderung nach Konsequenzen.

Jugendlager in Portugal — Jugendlager in Portugal — Jugendl

Der Urlaubs-Knüller

Geplatzt!

Für diejenigen, die immer noch nicht wissen, wo sie in diesem Jahr ihren Urlaub verbringen sollen, präsentiert die Kommunistische Jugend Deutschlands (KJD) den Urlaubsknüller: 2 Wochen Portugal in einem Jugendlager der UJCR (dem Jugendverband der Kommunistischen Partei / Wiederaufgebaut, unserer portugiesischen Bruderpartei). **Kostenlos!** Nur die Anreise müßt ihr selbst tragen.

Vom 1. bis zum 15. August führt die UJCR zusammen mit der JCE/ML (Kommunistische Jugend Spaniens / Marxisten-Leninisten) ein Jugendlager in **Comporta** durch. Comporta ist ein kleines Dorf in der Nähe von **Troia** (ein bekannter Touristenort) südlich von Lissabon am Atlantik. Comporta liegt 500 Meter von der Küste entfernt, der Zeltplatz nur etwa 50 Meter. Verpflegung und Unterbringung ist kostenlos. Zelte werden von den portugiesischen Genossen gestellt.

Neben viel Urlaub, Freizeit, Zeit zum Kennenlernen, sollen auf dem Lager zwei politische Themen behandelt werden: Kampf gegen die Kriegsvorbereitungen, unter Berücksichtigung der besonderen Bedingungen der iberischen Halbinsel, und: Der Kampf für die Rechte der Jugend — Arbeitslosigkeit, Bildung, Unterdrückung usw.

Also: Nichts wie hin!!!

Wer mitfahren will, melde sich bitte umgehend bei:

KJD, Wellinghofer Str. 103, 4600 Dortmund 30, Tel.: (0231) 433691. Dort erhaltet ihr nähere Informationen. Wenn es gewünscht wird, wenn ausreichend Interesse besteht, wir die KJD auch noch eine Bahnfahrt zum Lager organisieren.

GEPLATZT! Vor einigen Tagen per Telegramm informierten uns die Genossen aus Portugal darüber, daß das lange angekündigte Lager nicht stattfindet! Näheres ist zu erfragen im zentralen Parteibüro.

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4800 **Bielefeld 1**, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 **Bochum**, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 **Dortmund 1**, Parteibüro der KPD, Ortsgruppe Dortmund, Stollenstr. 12 (Eingang Clausthaler Str.), Tel.: 0231 / 832328, geöffnet: Fr 17 - 19 Uhr.

4600 **Dortmund 30, Zentrales Büro der KPD**, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 ([illegible]).

4100 **Duisburg 12**, Kontaktadresse: [illegible] Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: 0203 / 443014.

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Fr 17 - 19 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

6000 **Frankfurt 60**, Kontaktadresse: [illegible] Stecay, Linnéstr. 13, Tel.: 0611 / 491918.

7100 **Heilbronn**, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 **Kiel 1**, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr; Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr.

5000 **Köln 30**, Kontaktmöglichkeit zur KPD: Treff- und Lesestube Neue Zeit, Marienstr. 37a, Tel.: 0221 / [illegible]56, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

6700 **Ludwigshafen**, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: W. Rohr, Frankenthaler Str. [illegible], Tel.: 0621 / 523966.

7000 **Stuttgart 1**, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr; Mi 17.30 - 18.30 Uhr; Sa 10 - 12 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 **Berlin 65** (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 4653966, geöffnet: Mo - Fr 16 - 18 Uhr; Sa 11 - 13 Uhr.